



## Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Guten Abend beisammen. «Erfahrung ist eine nützliche Sache. Leider macht man sie immer erst kurz nachdem man sie gebraucht hätte.» Hiermit begrüsse ich Sie zur dritten Stadtratssitzung in diesem Jahr und ich begrüsse alle Gäste, Sie werte Kollegen, den Gemeinderat und alle anderen anwesenden Personen plus Medien.

Ich bitte nun Simone Burkhard Schneider um den Appell:

- 35 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend<sup>1</sup>.
  - 3 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Somit stelle ich zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest. Wie Sie sicherlich merkten, sieht die Vizepräsidentin heute ein bisschen anders aus. Die Vizestadtratspräsidentin Saima Sägesser ist heute leider verhindert und deshalb erhielt ich zu meiner Unterstützung im Präsidium einen Ersatz. Wenn Sie damit einverstanden sind, möchte ich es dennoch offiziell bestätigen lassen, dass Cornelia Gerber-Schärer heute Abend als Vizepräsidentin amtiert.

### Wahl von Cornelia Gerber-Schärer zur Tages-Vizestadtratspräsidentin

**35 Ja Annahme**

0 Nein

1 Enthaltung

Ich wünsche Dir ganz viel Vergnügen heute Abend.

Der Versand der Traktandenliste und die Aktenaufgabe erfolgten vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste sowie die dazugehörigen Akten sind wie gewohnt auf der Website der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Gibt es Bemerkungen zur Traktandenliste? Das scheint nicht der Fall zu sein. So starten wir mit dem Traktandum Nr. 1.

<sup>1</sup> Zwei Stadratsmitglieder treffen kurz nach dem Appell zwischen 19.06 und 19.08 Uhr ein. Somit sind 37 Stadträtinnen und Stadträte anwesend. Ab 20.50 Uhr muss sich ein Mitglied entschuldigen, sodass danach nur noch 36 Mitglieder anwesend sind.



## 1. Budget der Erfolgsrechnung 2023; Festsetzung der Steueranlage und des Steuersatzes für die Liegenschaftsteuer, Durchführung einer Variantenabstimmung; Verabschiedung zu Händen der Gemeindeabstimmung vom 18. Juni 2023

### I Eintreten:

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Dabei geht es um das Budget der Erfolgsrechnung 2023, um die Festsetzung der Steueranlage sowie des Steuersatzes für die Liegenschaftsteuer mit der Durchführung einer Variantenabstimmung und der Verabschiedung zuhänden der Gemeindeabstimmung vom 18. Juni 2023. Das Eintreten zu diesem Geschäft ist zwingend.

Bevor wir in die Beratung einsteigen, richte ich meinerseits ein paar Worte zum nun folgenden Vorgehen an Sie, damit es allen klar ist. Dieses Traktandum ist ein sehr wichtiges Traktandum, denn unsere Stadt befindet sich nach wie vor in einem budgetlosen Zustand; nämlich ohne genehmigtes Budget 2023 im laufenden Jahr. Diesen Zustand möchten wir mit einer erfolgreichen Volksabstimmung am 18. Juni 2023 beenden. Dies bedingt, dass wir diese Vorlage heute zuhänden des Stimmvolkes verabschieden. Damit dies gelingt, möchte ich Ihnen den geplanten Beratungs- und Abstimmungsablauf erläutern. Dieser gestaltet sich aufgrund der Variantenvorlage etwas anders als üblich, da am 18. Juni 2023 bekanntlich eine Variantenabstimmung an der Urne vorgesehen ist. Bevor wir in die Beratung einsteigen, sollen alle hier im Rat verstanden haben, wie der Ablauf der Beratung und der Abstimmungen vorgesehen ist.

Hier sehen Sie den Beratungs- und Abstimmungsablauf eingeblendet, wie wir Ihnen diesen nun vorschlagen und den Fraktionen bereits vorgängig mitgeteilt wurde. Die Herausforderung im Vorfeld gründet darauf, dass unsere Geschäftsordnung diesen Sonderfall bislang nicht klar regelt. Nach der Berichterstattung durch den Gemeinderat und der GPK folgt wie üblich die allgemeine Beratung über die Vorlage. Am Ende der allgemeinen Beratung – bevor wir in die Detailberatung einsteigen, stimmen wir darüber ab, ob dem Stimmvolk die Vorlage in zwei Varianten vorgelegt werden soll. Dieser Entscheid zur Durchführung einer Volksabstimmung mit zwei Varianten muss als Erstes vom Stadtrat als Grundsatz abgeholt werden.

Wird dieses bejaht, gestaltet sich die Detailberatung folgendermassen: Die Detailberatung erfolgt für jede Variante separat. Das heisst, dass wir zuerst die Budgetvariante A beraten und im Anschluss beraten wir die Budgetvariante B. Im Rahmen dieser getrennt geführten Debatte können allfällige Anträge gestellt werden, über welche beraten und jeweils entsprechend abgestimmt wird. Nach der geschlossenen Beratung und einem allfälligen Schlusswort durch den zuständigen Gemeinderat folgt die Schlussabstimmung. Im Rahmen der Schlussabstimmung stimmen wir über die beiden beratenen Budgetvarianten separat ab. Das heisst, es erfolgt die Abstimmung zur Budgetvariante A und danach erfolgt die Abstimmung über die Budgetvariante B. Hier geht es darum, die beiden Varianten, wie sie beraten wurden, zuhänden der Stimmbevölkerung zu verabschieden. Mit anderen Worten geht es dabei um die Bestätigung des Grundsatzentscheids zu Beginn der Sitzung über die Durchführung einer Variantenabstimmung, indem man nun die zwei durchberatenen Varianten A und B vorliegen hat. Bei diesen zwei Abstimmungen geht es also nicht darum, für seine favorisierte Variante zu stimmen und die andere abzulehnen, sondern vielmehr darum,

Stadtrat  
Montag, 8. Mai 2023, Traktandum Nr. 1

stadtlängenthal

Beratungsablauf  
Traktandum Nr. 1

**Budget der Erfolgsrechnung 2023**

**A Berichterstattung:**

- Gemeinderat Roberto Di Nino, Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen
- Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission

**B Allgemeine Beratung:**

- Stellungnahmen der Fraktionen
- Stellungnahmen Einzelsprechende
- Abstimmung: Vorlage in zwei Varianten

Stadtrat  
Montag, 8. Mai 2023, Traktandum Nr. 1

stadtlängenthal

**C Detailberatung; separat zu:**

- Budgetvariante A/ Abstimmung über allfällige Anträge
- Budgetvariante B/ Abstimmung über allfällige Anträge

**D Schlussabstimmung** über den grau markierten Teil des Beschlussentwurfs **Ziffer I**

- Abstimmung Variante A und Abstimmung Variante B
- Abstimmungsempfehlung: Variante A oder Variante B

**E Beratung und Abstimmung** über den Inhalt der **Abstimmungsbotschaft** an die Stimmberechtigten für die Abstimmung vom 18. Juni 2023 (Beschlussentwurf **Ziffer II**)



dass man sein Einverständnis gibt, dem Volk zwei Varianten in dieser Form vorzulegen und dies mit einem Ja bei beiden Abstimmungen zum Ausdruck bringen kann. Somit haben wir auch bei dieser Variantenvorlage eine saubere Schlussabstimmung. Als Letztes stimmen wir noch, im Sinne einer Abstimmungsempfehlung des Stadtrates, über die sogenannte Stichfrage ab, wie dies bereits auch im Botschaftsentwurf vorgesehen ist. Hier geht es nun darum, seine Stimme abzugeben, für welche Budgetvariante man sich entscheidet. Somit kann bei dieser Abstimmung zum Ausdruck gebracht werden, zu welcher Budgetvariante man Ja sagen will. Diese Anträge werden somit einander gegenübergestellt und man kann seine Stimme entweder für Variante A oder für Variante B abgeben oder sich der Stimme enthalten. So haben wir eine klare und strukturierte Vorgehensweise mit einem demokratisch legitimierten Entscheid, der die Haltung des Stadtrats zuhanden des Stimmvolkes wiedergibt. Danach beraten wir die Abstimmungsbotschaft nach dem üblichen Prozedere und stimmen gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 2 auch darüber ab. Nun gehe ich davon aus, dass das Vorgehen allen klar ist. Ist dem so? Gut. Wird dieses Vorgehen bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit werden wir die Budgetvarianten nach diesem Verfahren durchberaten und anschliessend darüber abgestimmt.

## II Beratung:

### A Berichterstattung

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Nun kommen wir direkt zur Beratung. Wir starten mit der Berichterstattung des Gemeinderates, die von Gemeinderat Roberto Di Nino, Ressortvorsteher Finanz und Steuerwesen, übernommen wird.

**Gemeinderat Roberto di Nino (SVP):** So kommen wir nun zu Traktandum Nr. 1 mit dem Budget 2023, so wie es der Stadtratspräsident zuvor erläuterte und es dabei um die zweite Abstimmung geht. Ich möchte Sie einleitend einfach kurz über nachfolgende Punkte informieren, wozu ich zwei, drei Worte zur Ausgangslage verlieren möchte und ich in diesem speziellen Fall als nötig erachte. Anschliessend stelle ich Ihnen die inhaltliche Überarbeitung dieser Vorlage vor.

Sie wissen es bereits aus den Akten und es wurde auch bereits erwähnt, dass wir die Durchführung einer Variantenabstimmung beabsichtigen, sodass wir im Verlauf dieses Traktandums die beiden Varianten A und B vorstellen. Anschliessend nehme ich eine politische Würdigung auch im Kontext zu anderen Gemeinden vor, sind wir ja nicht die einzige Gemeinde im Kanton Bern, die sich nach einer gescheiterten Abstimmung in dieser Situation des budgetlosen Zustands befindet. Am Schluss würde ich Ihnen noch kurz den Inhalt der Anträge, so wie wir sie zu unterbreiten gedenken, vorstellen.

Wir kennen alle die Ausgangslage, dass der Ausgangspunkt das negative Abstimmungsergebnis vom 22. Januar 2023 darstellt. Damals lehnten rund 54 Prozent der Stimmbürger das Budget ab und dies erfolgte bei einer Stimmbeteiligung von rund 27,8 Prozent. Es kann dabei sicherlich vermutet werden, dass neben einem spürbaren allgemeinen Trend auch die tiefe Stimmbeteiligung mitursächlich für dieses Ergebnis war.

stadtlangenthal

### Inhaltliche Zielsetzung

- Ausgangslage
- Überarbeitung der Budgetvorlage
- Varianten A und B
- Politische Würdigung
- Kontext andere Gemeinden
- Anträge zu Händen der stimmberechtigten Bevölkerung

2

stadtlangenthal

### Ausgangslage

#### Abstimmungsergebnis vom 22. Januar 2023

Das vom Stadtrat an seiner Sitzung vom 31. Oktober 2022 beschlossene Budget 2023 wurde an der Urne abgelehnt.

Stimmbeteiligung: 27.77 % der stimmberechtigten Bevölkerung

- 1'259 Personen (45.83 %) stimmten mit Ja
- 1'487 Personen (54.17 %) stimmten mit Nein

4



Für uns änderte sich damit natürlich Einiges, was auch gewisse Konsequenzen nach sich zog. Die erste Bestimmung, die uns seither Tag für Tag verfolgte, betrifft Art. 70 der Gemeindeverordnung. Gemäss den gesetzlichen Grundlagen ist es eben so, dass man bei Fehlen eines verabschiedeten Budgets nur unumgängliche Verpflichtungen eingehen darf. Der Gemeinderat beschäftigte sich mit dieser Möglichkeit seit Jahresbeginn und wir setzten dies rechtskonform, aber so pragmatisch wie möglich, in die Tat um. Für den heutigen Abend vielleicht noch bedeutsamer ist Art. 77 des Bernischen Gemeindegesetzes. Dabei geht es mit dem 30. Juni 2023 um eine Frist, respektive um eine Deadline, dass wir bis zu diesem Zeitpunkt ein Budget vorweisen müssen. Sollte dies nicht gelingen, so würde der Kanton oder der Regierungsrat anstelle des Langenthaler Stimmbürgers entscheiden. Das gilt es natürlich zu verhindern, sodass wir diese Vorlage auch nicht von ungefähr so aufbauten, damit dies bestmöglich machbar ist. Wichtig dabei ist, wie es schon der Stadtratspräsident sagte, dass man heute dieses Budget beschliessen kann, ansonsten der Zeitplan mit dem 18. Juni 2023 nicht mehr einzuhalten.

Was wurde nun in dieser Vorlage überarbeitet? Der Ausgangspunkt war natürlich das Budget, dass Sie am 31. Oktober 2022 hier bestätigten und wir nun als Basis nahmen und nur punktuell anpassten. Der eine Punkt betrifft die Steuererträge, wozu uns seither die Steuerzahlen 2022 vorliegen und wir entsprechend analysieren konnten. Dabei liessen wir die neuen Zahlen in unsere Prognose miteinfließen, worauf ich dann zu einem späteren Zeitpunkt noch zu reden komme. Den zweiten Punkt betrifft das Stadttheater, bei dem wir an der Oktober-Sitzung durch den Stadtrat Kürzungen um Fr. 70'000.00 hinnehmen mussten. Dies korrigierten wir teilweise soweit, dass dadurch eigentlich mit dem Leistungsvertrag kein Spannungsverhältnis mehr besteht. Auch dazu werde ich später noch etwas sagen. Dies umfasst die beiden inhaltlichen Änderungen, die wir hier vornahmen. Demgegenüber hielten wir an allen anderen Budgetpositionen fest.

Nun werden wir Ihnen dieses Basisbudget in zwei Varianten unterbreiten. Eine Variante, die wir nun einmal Variante A nennen, beinhaltet eine Steueranlage von 1,44. Das ist diejenige Steueranlage, zu der der Gemeinderat deutlich machte, dass er diese Variante als notwendig erachtet, um sich langfristig finanzpolitisch konsolidieren zu können. Dem gegenüber gestellt wird die alternative Variante B mit einer unveränderten Steueranlage von 1,38.

stadtilangenthal

### Ausgangslage

#### Budgetloser Zustand seit dem 22. Januar 2023

Was heisst das?

- Artikel 70 Gemeindeverordnung des Kantons Bern:  
"Ohne rechtskräftiges Budget dürfen nur unumgängliche Verpflichtungen eingegangen werden, insbesondere für gebundene Ausgaben."
- Art. 77 Abs. 1 des Gemeindegesetzes des Kantons Bern:  
"Der Regierungsrat beschliesst das Budget und legt unter Berücksichtigung von Artikel 74 die Steueranlage fest, wenn das zuständige Gemeindeorgan das Budget bis zum 30. Juni des Rechnungsjahres nicht beschlossen hat. Sein Beschluss ist kantonal letztinstanzlich."  
→ Ein Ja der stimmberechtigten Bevölkerung bei der nächsten Abstimmung (18. Juni 2023) ist notwendig, um den kantonalen Eingriff zu vermeiden!

stadtilangenthal

### Überarbeitung der Budgetvorlage

#### Was beinhaltet die überarbeitete Budgetvorlage?

- Aktualisierung der Budgetwerte bei den Fiskalerträgen auf der Basis der Erkenntnisse aus dem Jahresabschluss 2022
- Teiltrücknahme der Budgetkürzung beim Stadttheater unter Berücksichtigung der inhaltlichen Vorgaben des Leistungsvertrags mit dem Kanton und den Partnergemeinden im Oberaargau.
- Festhalten an allen anderen Budgetpositionen aus der Budgetberatung vom 31. Oktober 2022.
- Vorlegen von zwei Budgetvarianten:
  - Finanzpolitisch notwendige Variante A mit einer Steueranlage von 1.44 Einheiten und
  - Alternativvariante B mit einer Steueranlage von 1.38 Einheiten.

stadtilangenthal

### Überarbeitung der Budgetvorlage

#### Aktualisierung der Budgetwerte bei den Fiskalerträgen

In Schweizer Franken	Steueranlage 1.44 Einheiten		
	Abstimmungs-vorlage 22.01.2023	Neukalkulation Basis Rg. 2022	Differenz
2610.1181.00 Abschreibungen auf Steuerforderungen	350'000.00	350'000.00	0.00
2610.1401.00 Vermögensgegenstände	-60'000.00	-60'000.00	0.00
2610.4000.03 Einkommenssteuern natürliche Personen	-25'75'300.00	-25'900'000.00	457'300.00
2610.4000.21 Nach- und Strafsteuern NP	-60'000.00	-100'000.00	20'000.00
2610.4000.43 Steuererträge NP - zu Gunsten	750'000.00	880'000.00	25'000.00
2610.4000.51 Steuererträge NP - zu Lasten	540'000.00	570'000.00	20'000.00
2610.4001.01 Vermögenssteuern Natürliche Personen	-3'800'200.00	-2'870'000.00	510'200.00
2610.4002.01 Quartierssteuern	-500'000.00	-780'000.00	-280'000.00
2610.4003.11 Qualifikationssteuer aus BKMA (Berufstätiger)	-25'000.00	-25'000.00	0.00
2610.4003.01 Gewerbesteuer juristische Personen	-4'032'700.00	-3'800'000.00	247'300.00
2610.4003.12 Nach- und Strafsteuern JP	0.00	0.00	0.00
2610.4003.41 Steuererträge jurist. Personen - zu Gunsten	-1'000'000.00	-1'050'000.00	0.00
2610.4003.51 Steuererträge jurist. Personen - zu Lasten	680'000.00	860'000.00	160'000.00
2610.4011.01 Kapitalsteuer juristische Personen	-50'000.00	-40'000.00	8'000.00
2610.4011.00 Vermögenssteuern	150'000.00	150'000.00	0.00
2610.4000.81 Lohnsteuererträge	-1'000.00	-1'000.00	0.00
2610.4021.01 Liegenschaftsteuer	-3'600'000.00	-3'700'000.00	-100'000.00
2610.4023.01 Grundbesitzgütersteuer	-650'000.00	-750'000.00	-100'000.00
2610.4022.11 Sonderveranlagungen	-700'000.00	-850'000.00	-150'000.00
2610.4024.00 Erbschafts- und Schenkungssteuern	-100'000.00	-100'000.00	0.00
2610.4000.00 Ertragssteuern an der direkten Bundessteuer	-150'000.00	-150'000.00	0.00
<b>Total</b>	<b>-39'961'200.00</b>	<b>-40'238'000.00</b>	<b>-336'800.00</b>



Wie bereits erwähnt, passten wir als ersten Punkt die Fiskalerträge an. Dabei machten wir nichts anderes, als dass wir die Erkenntnisse aus dem Jahr 2022 einfließen liessen. Dazu waren zwei Trends feststellbar, wonach der erste Trend die Steuererträge der natürlichen Personen betrifft. Da war es notwendig, dass wir die ursprüngliche Annahme etwas reduzieren mussten und die Prognosen etwas nach unten korrigierten. Andererseits können wir im Bereich der juristischen Personen, sprich bei den Firmen, von einer erfreulicheren Entwicklung ausgehen. Dabei ergaben die Zahlen doch ein positives Resultat und wir deshalb Grund zur Annahme haben, dass sich dies fortsetzen wird. Deshalb nahmen wir da eine entsprechende Anpassung nach oben vor. Die genauen Zahlen dazu finden Sie in der hintersten Kolonne.

Entscheidend für uns ist allerdings die daraus resultierende Differenz, indem wir die Erträge um rund Fr. 336'800.00 nach oben anpassen konnten. Das, was wir bislang berechneten, basiert natürlich auf einer Steueranlage von 1,44 und entspricht somit der Variante A. Wir rechneten die neue Prognose natürlich auch mit Variante B, basierend auf einer Steueranlage von 1,38. Dies würde allerdings zur Folge haben, dass wir gegenüber der Variante A mit 1,47 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen rechnen müssten.

Die zweite Anpassung, die wir inhaltlich vornahmen, betrifft die Ausgaben beim Stadttheater. Damals war es so, dass man im Stadtrat das Budget bei verschiedenen Positionen um Fr. 70'000.00 kürzte. Diese Kürzung reduzieren wir um Fr. 30'000.00 und belassen es bei einer Streichung von Fr. 40'000.00. Diese Kürzung ist eben genau so gerechnet, damit unser Vorgehen mit dem Leistungsvertrag kompatibel ist; sprich, dass der budgetierte Aufwand der Stadt Langenthal mit 50 Prozent in gleicher Höhe ausfällt wie die Beiträge vom Kanton und den übrigen Gemeinden. Diese Anpassung ist natürlich unabhängig von der Wahl der Varianten und in beiden Versionen identisch.

Auf dieser Folie finden Sie die Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse. Sie sehen dabei, dass die Ausgaben bei beiden Varianten gleich ausfallen. Daneben ergibt sich eine Abweichung bei den Einnahmen mit einer Differenz bei den Steuern von rund 1,47 Mio. Franken, die in der Variante A höher budgetiert werden können als bei Variante B. Daraus resultieren auch unterschiedliche Defizite. Bei Variante A rechnen wir mit einem Defizit von 3,85 Mio. Franken, bei Variante B hingegen mit einem Verlust von 5,3 Mio. Franken. Ich erinnere in diesem Zusammenhang einfach daran, dass die Finanzstrategie des Gemeinderates darauf ausgerichtet ist, dass wir eine Defizitobergrenze von 4 Mio. Franken als politisch verantwortbar ansehen. Damit ist aber

stadtlangenthal

### Überarbeitung der Budgetvorlage

#### Aktualisierung der Budgetwerte bei den Fiskalerträgen

Ergebnis der Aktualisierung:

- Bei der Steueranlage von 1.44 Einheiten resultiert ein **Mehrertrag von Fr. 336'800.00**

Alternativvariante B mit 1.38 Einheiten:  
Im Vergleich zu den neukalkulierten Werten bei einer Steueranlage von 1.44 Einheiten läge der gesamte Fiskaltrug bei einer **Steueranlage von 1.38 Einheiten um Fr. 1.47 Mio. tiefer.**

9

stadtlangenthal

### Überarbeitung der Budgetvorlage

#### Teiltrücknahme der Budgetkürzung beim Stadttheater

- Ziel: Berücksichtigung der inhaltlichen Vorgaben des Leistungsvertrags
- Ergebnis der Korrektur: Die Kürzung von Fr. 70'000.00 aus der Stadtratssitzung vom 31. Oktober 2022 wird teilweise um Fr. 40'000.00 auf Fr. 30'000.00 zurückgenommen.

In Schweizer Franken	Abstimmungsvorlage 22.01.2023	Neukalkulation	Differenz
6210.3010.10 Besoldungen	476'300.00	486'300.00	10'000.00
6210.3050.10 Sozialversicherungsbeiträge AHV, IV, EO, ALV, VA	47'000.00	48'200.00	1'200.00
6210.3052.10 Pensionskassenbeiträge	48'900.00	50'200.00	1'300.00
6210.3100.10 Büromaterial, Drucksachen, Inserate	61'200.00	66'200.00	5'000.00
6210.3130.38 Aufwendungen für Gastspiele	390'000.00	417'500.00	27'500.00
<b>Total</b>	<b>1'027'400.00</b>	<b>1'067'400.00</b>	<b>40'000.00</b>

10

stadtlangenthal

### Varianten A und B

#### Varianten A (1.44) und B (1.38)

- Die Differenz im Ergebnis des steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalts beträgt **Fr. 1.47 Mio.**

Erfolgsrechnung	Steueranlage 1.44		Steueranlage 1.38	
	Budget 2023 in Fr.	%	Budget 2023 in Fr.	%
Betrieblicher Aufwand	-101'496'400	100.0	-101'496'400	100.0
Betrieblicher Ertrag	93'956'700	100.0	92'484'700	100.0
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-7'539'700		-9'011'700	
Ergebnis aus Finanzierung	2'953'300		2'953'300	
Operatives Ergebnis	-4'586'400		-6'058'400	
Ausserordentliches Ergebnis	734'300		734'300	
<b>Ergebnis steuerfinanzierter Haushalt</b>	<b>-3'852'100</b>		<b>-5'324'100</b>	

12



auch klar, dass wir mit Variante A auf Kurs bleiben, bei Variante B hingegen nicht.

Hier sehen sie noch die wichtigsten Zahlen im Vergleich. Bei der Variante A gehen wir von Steuereinnahmen in der Höhe von 40,2 Mio. Franken aus und das Defizit im Steuerhaushalt umfasst dabei rund 3,8 Mio. Franken, was zusammen zu einem Defizit im Gesamthaushalt von 4,6 Mio. Franken führt.

Varianten A und B stadtlängenthal

**Varianten A (1.44 Einheiten)**

	Budget 2023	Budget 2022	Jahresrechnung 2021
Jahresergebnis ER-Gesamthaushalt	-450'100.00	-530'900.00	-2'453'226.05
Jahresergebnis ER-Steuerfinanzierter Haushalt	-3'832'100.00	-5'300'100.00	-2'781'378.28
Jahresergebnis der Spezialfinanzierung Abwasser	-50'200.00	-204'000.00	-500'837.22
Jahresergebnis der Spezialfinanzierung Verkehr	-471'800.00	-407'400.00	-339'803.03
Jahresergebnis der Spezialfinanzierung Feuerwehr	-440'400.00	-317'400.00	-361'881.96
Jahresergebnis gesetzliche Spezialfinanzierungen	-752'000.00	-500'800.00	-308'152.23
Steuerauftrag natürliche Personen	29'180'000.00	28'619'000.00	27'123'314.60
Steuerauftrag juristische Personen	5152'000.00	4'375'000.00	5'413'485.70
Lohnschaffsteuer	3700'000.00	3570'000.00	3588'736.25
Übrige Steuern	1791'200.00	1582'200.00	1'775'579.65
<b>Total Fiskalertrag (Steuern)</b>	<b>40'226'200.00</b>	<b>38'943'200.00</b>	<b>37'901'116.20</b>
nett-investitionen Gesamthaushalt	28'077'000.00	16'252'000.00	11'478'284.87
nett-investitionen Steuerfinanzierter Haushalt	24'967'000.00	13'437'000.00	10'129'384.37

Analog dazu sehen sie die Angaben in gleicher Aufstellung gemäss Variante B. Da liegen die Steuereinnahmen bei rund 38,7 Mio. Franken und ergeben ein Defizit im Steuerhaushalt von von 5,3 Mio. Franken und somit ein Defizit im Gesamthaushalt von 6, 1 Mio. Franken.

Varianten A und B stadtlängenthal

**Varianten B (1.38 Einheiten)**

	Budget 2023	Budget 2022	Jahresrechnung 2021
Jahresergebnis ER-Gesamthaushalt	-610'100.00	-530'900.00	-2'453'226.05
Jahresergebnis ER-Steuerfinanzierter Haushalt	-5'241'100.00	-5'300'100.00	-2'781'378.28
Jahresergebnis der Spezialfinanzierung Abwasser	-50'200.00	-204'000.00	-500'837.22
Jahresergebnis der Spezialfinanzierung Verkehr	-471'800.00	-407'400.00	-339'803.03
Jahresergebnis der Spezialfinanzierung Feuerwehr	-440'400.00	-317'400.00	-361'881.96
Jahresergebnis gesetzliche Spezialfinanzierungen	-752'000.00	-500'800.00	-308'152.23
Steuerauftrag natürliche Personen	27'920'000.00	28'619'000.00	27'123'314.60
Steuerauftrag juristische Personen	5'240'000.00	4'375'000.00	5'413'485.70
Lohnschaffsteuer	3700'000.00	3570'000.00	3588'736.25
Übrige Steuern	1791'200.00	1582'200.00	1'775'579.65
<b>Total Fiskalertrag (Steuern)</b>	<b>38'757'200.00</b>	<b>38'943'200.00</b>	<b>37'901'116.20</b>
nett-investitionen Gesamthaushalt	28'077'000.00	16'252'000.00	11'478'284.87
nett-investitionen Steuerfinanzierter Haushalt	24'967'000.00	13'437'000.00	10'129'384.37

Ich möchte nun die beiden Varianten noch gerne kurz würdigen. Wir reden hier ja vom Budget 2023. Und kurzfristig betrachtet, erachten wir beide Varianten als wirtschaftlich tragbar. Wie gesagt, entspricht dies einer kurzfristigen Betrachtungsweise. Wenn wir allerdings ein bisschen weiter in die Zukunft schauen und eine mittel- bis langfristige Betrachtungsweise anwenden wollen, so scheidet für uns die Variante B aus und es bleibt eigentlich nur Variante A, die aus dieser Optik unterstützenswürdig ist. Sie sehen hier im unteren Teil dieser Übersicht die wichtigsten Punkte dargestellt, die für die eine oder auch für die andere Variante sprechen. Beginnen wir mit der Steueranlage von 1,44, so steht für uns sicherlich die Tatsache im Vordergrund, dass damit die Umsetzung der Finanzstrategie gewährleistet ist. Mit der überwiesenen Motion entspricht es ja auch einer Forderung dieses Parlaments, ein Regulativ für die Defizitobergrenze, Stichwort «Schuldenbremse» einzuführen. Dabei möchte ich aber auch betonen, dass, auch wenn man dies heute noch nicht hat, sich der Gemeinderat an die Vorgaben hält, die er sich selber auferlegte und man auch veröffentlichte. Dies führt zu einem Abbau des Bilanzüberschusses, aber nach unserem Dafürhalten eben zu einem kontrollierten Abbau. Wir berücksichtigen dabei aber auch die geplante Investitionstätigkeit der nächsten Jahre. Und auch das Zinsumfeld stellt einen wichtigen Punkt dar. Hier spüren wir aktuell den Zinsanstieg, was zu einer höheren Verschuldung führt und einen gewissen Druck ausübt. Zuletzt verweise ich auf die Opfersymmetrie, die meiner Meinung nach in der Debatte immer wieder zu wenig zum Ausdruck kommt. Man muss sehen, dass es hier nicht um eine isolierte Steuererhöhung geht, die im Kontext mit Ausgabenreduktionen und Sparbemühungen steht und deshalb eben auch einer eigentlichen Opfersymmetrie entspricht. Das sind nun zusammengefasst diejenigen Gründe,

Politische Würdigung stadtlängenthal

**Wirtschaftliche Tragbarkeit**

- **Kurzfristig und isoliert** für das Jahr 2023 betrachtet, sind aufgrund des noch hohen Bilanzüberschusses (rd. Fr. 71.0 Mio. per Ende 2022) sowohl die Budgetvariante A als auch die Budgetvariante B wirtschaftlich tragbar.
- **Mittel- und langfristig** fällt die Beurteilung der wirtschaftlichen Tragbarkeit unterschiedlich aus:

Steueranlage 1.44	Steueranlage 1.38
Umsetzung der Finanzstrategie mit max. zulässigen Defiziten	Ausserhalb der Finanzstrategie
Kontrollierter Abbau des Bilanzüberschusses	Unkontrollierter Abbau des Bilanzüberschusses
Berücksichtigung der Investitionstätigkeit	Unkontrollierter Zuwachs der Verschuldung
Berücksichtigung des Zinsumfelds für Fremdkapital	Politischer Druck auf Leistungsumfang
Schaffung einer Opfersymmetrie	Noch stärkere Steuererhöhung später notwendig



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 8. Mai 2023

die der Gemeinderat dazu bewegen, hier ganz klar die Steueranlage von 1,44 zu unterstützen.

Planen wir mit einer Steueranlage von 1,38, so liegen wir damit eben ausserhalb unserer Finanzstrategie und es führt damit auch zu einem unkontrollierten Abbau des Bilanzüberschusses und einer unkontrollierten Zunahme der Verschuldung. Dadurch wird sich früher oder später der Druck auf den Leistungsumfang erhöhen oder sich später auch die Frage nach einer stärkeren Steuererhöhung stellen. Das sind nun all diese Punkte, die aus unserer Sicht klar für eine Steueranlage von 1,44 – und gegen 1,38, sprechen.

Gleichwohl möchte ich noch ein paar Worte zu den anderen Gemeinden verlieren, da wir uns hier ja in guter Gesellschaft befinden. Zuerst denke ich da an Köniz, das sich 2022 im budgetlosen Zustand befand und drei Abstimmungen nötig waren, dabei aber aus heutiger Sicht festzustellen ist, dass sie mittlerweile ihre Hausaufgaben erledigten und für das Jahr 2023 eine schwarze Null budgetieren konnten und somit wieder auf einem guten Weg sind. In Herzogenbuchsee beabsichtigte man eine Steuererhöhung von 1,65 auf 1,70 vorzunehmen, was an der Urne abgelehnt wurde. Der Gemeinderat wählte dabei dann einen anderen Weg und legte das Budget einer Gemeindeversammlung vor, was zur Konsequenz hatte, dass die Steueranlage nicht angepasst werden durfte. Die Gemeindeversammlung nahm in der Folge das Budget dann auch an und man möchte nun das Problem in Herzogenbuchsee mit einem runden Tisch angehen, da das Problem ja noch nicht vom Tisch ist. Man kann demnach sagen, dass sie ein Budget haben, aber ihr Problem noch nicht lösen. Wie wir wissen, legte auch die Stadt Biel im letzten Jahr eine Variantenabstimmung mit einer grösseren und einer weniger grossen Steuererhöhung vor und beide Varianten wurden abgelehnt. Nun hat Biel seit gestern ein Budget mit einem unveränderten Steuerfuss. Auch dort denke ich, dass sich die Situation gleich darstellt wie in Herzogenbuchsee; dass man zwar ein Budget hat, aber dabei einfach das Problem vertagte.

Wir können vielleicht festhalten, dass der Langenthaler Gemeinderat weiterhin und langfristig ein attraktives Steuerniveau für unsere Stadt bewahren will. Um dies ein bisschen zu illustrieren, möchte ich Ihnen diese Grafik hier zeigen. Es gibt im Kanton Bern rund 360 Gemeinden und Sie sehen, dass sich Langenthal mit dem Steuersatz von 1,38 im Moment auf dem 17. Rang befindet. Mit der vorgeschlagenen Anpassung auf 1,44 sinkt Langenthal vom 17. auf den 25. Rang ab. Aber an 25. Stelle von 360 Gemeinden zu stehen, ist eigentlich kein guter Wert, sondern dies ist ein sehr guter Wert. Wir müssen nämlich sehen, dass im Vergleich mit Städten, also Gemeinden mit 10'000 Einwohnern und mehr, Langenthal ganz klar an der Spitze ist und dies mit 1,44 auch bleiben wird. Wir wollen mit dieser Anpassung der Steueranlage unsere gute Situation langfristig stabilisieren. Das heisst nun, dass jeder, der das attraktive Steuerniveau langfristig schützen und behalten möchte, sich nun eigentlich konsequent für die Variante A aussprechen sollte.

**Kontext andere Gemeinden**

**Köniz...**  
Zuerst Haue, dann Erfolg für die neue Herzogenbuchsee...  
Bei ihrem ersten Auftritt als Gemeinderatspräsidentin hat das Parlament das Budget für das Jahr 2023 nach einer Kopfweitere mit 32 zu 11 Stimmen deutlich abgelehnt.

**Biel...**  
Budget 2023 der Stadt Biel an der Volksabstimmung abgelehnt  
Die Abstimmenden in Biel haben am Sonntag, 20. November 2022 das Budget 2023 der Stadt Biel abgelehnt. Beide vorgeschlagenen Varianten (4,0 % bis 4,5 % Erhöhung für die Variante II) der Steuerfuss und die Variante I (3,0 % Erhöhung) wurden ebenfalls abgelehnt.

**Köniz budgetiert für 2023 eine schwarze Null**  
Nach der Steuererhöhung schenkt Köniz für das kommende Jahr wieder mit einem kleinen Überschuss. Die finanzielle Lage der Gemeinde bleibt aber prekär.

**Zweite Bieler Budget-Abstimmung im Frühling 2023 geplant**  
Die Kantonsratspräsidentin Informa am 27. November 2022 über die Abstimmung über das Budget 2023 der Stadt Biel an der Volksabstimmung am 20. November 2022. Die Abstimmenden in Biel haben am Sonntag, 20. November 2022 das Budget 2023 der Stadt Biel abgelehnt. Beide vorgeschlagenen Varianten (4,0 % bis 4,5 % Erhöhung für die Variante II) der Steuerfuss und die Variante I (3,0 % Erhöhung) wurden ebenfalls abgelehnt.

**Steuernlagen der Berner Gemeinden im Jahr 2023**

Gemeinde / Stadt	Anteilge MP	Anteilge JP	Langenthaler Anteil	Rang
Duuk val d. M.	0.89	0.89	1.00	1
Illschwil	0.90	0.90	1.00	2
Mörschen	1.00	1.00	1.00	3
Burtenbach	1.00	1.00	1.00	4
Basel	1.00	1.00	1.00	5
Basel	1.15	1.15	1.00	6
Muri	1.14	1.14	0.70	7
Chambray	1.19	1.19	1.42	8
Trüben	1.20	1.20	1.00	9
Blatten	1.20	1.20	0.70	10
Altwisigen S. Bern	1.20	1.20	1.00	11
Müden	1.20	1.20	1.00	12
Recherswil	1.20	1.20	1.00	13
Bümplach	1.20	1.20	1.00	14
Stellen	1.20	1.20	1.00	15
Kammern	1.21	1.21	1.00	16
Langenthal (Langenthaler Anteil)	1.38	1.38	1.00	17
Langenthal (Cherweckstadt)	1.38	1.38	1.00	18
Hüglien	1.44	1.44	1.00	20
Biel	1.54	1.54	1.00	24
Leimbach	1.51	1.51	1.00	21
Münsa	1.58	1.58	1.00	22
Seewen	1.62	1.62	1.00	23
Steffiswil (Schweizerbach)	1.62	1.62	1.00	24
Blättligen	1.62	1.62	1.00	25
Recherswil	1.62	1.62	1.00	26
Stettwil	1.62	1.62	1.00	27
Herzogenbuchsee	1.65	1.65	1.00	28
Cherweckstadt	1.69	1.69	1.00	29
Phän	1.72	1.72	1.00	30
Alföden	1.85	1.85	1.00	31
Lärzli	1.94	1.94	1.00	32
Cherweck	2.00	2.00	1.00	33



Somit komme ich noch zu den Anträgen. Hier sehen Sie nochmals eine Zusammenfassung der wesentlichsten Fakten.

Es geht bei der Variante A mit 1,44 um ein Defizit von 3,85 Mio. Franken.



Anträge Budget 2023

stadtlängenthal

Antrag an die Stimmberechtigten – Variante A (1.44 Einheiten)	
■ Aufwendungen Gesamthaushalt	Fr. 109.144 Mio.
■ Erträge Gesamthaushalt	Fr. 104.540 Mio.
■ Defizit Gesamthaushalt	Fr. 4.604 Mio.
■ Defizit Steuerhaushalt	Fr. 3.852 Mio.
■ Steueranlage (bislang 1.38-fache)	1.44
■ Liegenschaftssteuer (unverändert)	1.0 %

21

Gleichzeitig geht es bei einer Variante B mit 1,38 um ein Defizit im steuerfinanzierten Haushalt von 5,32 Mio. Franken.



Anträge Budget 2023

stadtlängenthal

Antrag an die Stimmberechtigten – Variante B (1.38 Einheiten)	
■ Aufwendungen Gesamthaushalt	Fr. 109.144 Mio.
■ Erträge Gesamthaushalt	Fr. 103.067 Mio.
■ Defizit Gesamthaushalt	Fr. 6.076 Mio.
■ Defizit Steuerhaushalt	Fr. 5.324 Mio.
■ Steueranlage (unverändert)	1.38
■ Liegenschaftssteuer (unverändert)	1.0 %

22

Dem Gemeinderat ist es einfach wichtig, dass beide Varianten dem Stimmbürger unterbreitet werden und es uns im Moment in dem Sinne nicht um ein Entweder-oder geht, sondern dass sich der Stimmbürger gemäss seiner Präferenz entscheiden kann. Das ist einfach das, was ich hier dem Rat auch noch mit auf den Weg geben möchte. Aber wenn ich dabei den Beratungsablauf im Ohr habe, so wie sich der Stadtratspräsident zuvor äusserte, scheint mir dies gewährleistet zu sein. Merci für die Aufmerksamkeit.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Besten Dank. So kommen wir zur Berichterstattung der GPK. Dazu übergebe ich das Wort an den GPK-Präsidenten Dyami Häfliger.

**Sprecher der GPK, Dyami Häfliger (GLP):** Die GPK befasste sich anlässlich ihrer Sitzung vom 24. April 2023 mit dem vorliegenden Geschäft und beriet es entsprechend vor. Die GPK beschäftigte sich in ihrer Diskussion insbesondere mit dem vorliegenden Beschlussesentwurf des gemeinderätlichen Berichts & Antrags und der Abstimmungsbotschaft. Die GPK stellte in ihren Beratungen fest, dass der Text im Entwurf der Abstimmungsbotschaft unter Ziff. 11 «Beratungen im Stadtrat» nicht kongruent, beziehungsweise nicht damit übereinstimmt, wie es im Beschlussesentwurf des gemeinderätlichen Berichts & Antrags, der sogenannten Titelbotschaft, zuhanden des Stadtrats formuliert ist. Daraus könnten Unklarheiten bei den Stadtratsmitgliedern und bei den Fraktionen entstehen, wenn der Bezug auf die vorgesehenen Abstimmungen im Rat fehlt.

Der Beschlussesentwurf der Titelbotschaft des Gemeinderates zum Budget sieht dabei in der ersten Version der Botschaft eine Abstimmung vor. So wie nun dieser Text in der Abstimmungsbotschaft vorgesehen ist, war die Abstimmung im Stadtrat gar nicht geplant. Genau gesagt sind unter Ziff. I beide Varianten für die Abstimmung aufgeführt, die dem Stimmbürger und der Stimmbürgerin vorgelegt werden. Der Stadtrat hätte dort die Möglichkeit mit Ja oder Nein abzustimmen. Im Entwurf der Abstimmungsbotschaft ist aber auf Seite 4 und Seite 14 aufgeführt, wie viele Mitglieder die Variante A oder die Variante B be-



fürworten. Mit dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Abstimmungsprozedere hätte der Stadtrat eigentlich gar nicht zu diesem Ergebnis kommen können, so wie es schlussendlich in der Abstimmungsbotschaft aufgeführt wurde. Es ist sodann auch noch zu diskutieren, ob diese Abstimmung überhaupt erforderlich ist, weil für die vorliegende Variantenabstimmung zwar auf die Stadtverfassung unter Art. 31 und Art. 25 Absatz 4 bis 6 verwiesen wird, dort hingegen kein Hinweis auf eine stadträtliche Empfehlung zu finden ist.

Die GPK war sich deshalb in ihrer Beratung einig, dass vorgängig klar sein muss, wie das Abstimmungsprozedere zu gestalten ist, damit sich die Fraktionen auch entsprechend darauf vorbereiten können. Die weitere Diskussion in der GPK ergab sodann, dass aus Sicht der GPK eine rechtskonforme Beschlussfassung notwendig ist. Fraglich war einzig, ob die GPK den Beschlussesentwurf mit einem eigenen Antrag korrigieren möchte. Im Sinne eines möglichst effizienten und klaren Sitzungsverlaufs verzichtete die GPK anschliessend auf einen eigenen Antrag. Hingegen beauftragte die Geschäftsprüfungskommission die GPK-Sekretärin, das vorbesprochene und soeben geschilderte Anliegen anlässlich der Drehbuch-Vorbesprechung mit dem Stadtratspräsidenten entsprechend einzubringen. Die GPK stellte sodann fest, dass der vorliegende Beschlussesentwurf rein formell korrekt ist und bestätigte somit einstimmig die formelle Richtigkeit der Vorlage. Besten Dank.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Merci vielmals.

## B Allgemeine Beratung

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Somit steigen wir nun also in die allgemeine Beratung dieses Geschäfts ein. Darf ich die Fraktionen um ihre Voten bitten. Wem darf ich dazu das Wort erteilen?

**FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):** Unsere Fraktion nahm das Verdikt der Stimmberechtigten vom 22. Januar 2023 sorgfältig zur Kenntnis, die das Budget ablehnten, das wir hier im Rat verabschiedeten. Wir stellten aber auch rasch fest, dass wir als Stadtrat aktuell kaum einen Einfluss auf den Inhalt der nächsten Budgetdebatte haben werden. Gemeinderat Roberto Di Nino legte es soeben dar, dass, wenn wir heute dieses Budget nicht verabschieden, die Vorlage obsolet wird, da es dann vom Kanton festgelegt wird. Somit besteht hier keine Handlungsmöglichkeit. Und dies zeigt das Grunddilemma, das sich irgendwie im Verlaufe der letzten Jahrzehnte in unserer Finanzpolitik dieser Stadt einschlich. Eigentlich ist es nämlich der Stadtrat, der das Budget verabschiedet. Seine Instrumente zur Anpassung sind aber sehr eingeschränkt. Selbstverständlich ist es möglich Anträge zu stellen und so weiter, aber Sie hörten ja das letzte Mal, wo das alles hinführt. Demgegenüber können dann sowohl der Stadtrat wie auch die Stimmberechtigten auf die langfristige Finanzpolitik überhaupt keinen Einfluss ausüben. Der Gemeinderat legte dar, dass er eine Finanzstrategie verfolgt, zu der wir uns eigentlich nie mit einer entsprechenden Beschlussfassung äussern konnten, sodass wir diese einfach zur Kenntnis nehmen und sie jeweils einzeln strangweise zusammen mit dem Budget verabschieden.

Der Stadtrat und die Stimmberechtigten verfügen damit eigentlich über eine eingeschränkte Einflussmöglichkeit auf die Finanzpolitik dieser Stadt. Das soll sich aber ändern. Aus diesem Grund reichten ja drei Fraktionen des Stadtrats eine Motion ein, die sich mit der finanzpolitischen Struktur dieser Stadt auseinandersetzen soll. Diese Motion beinhaltet zwei Ziffern; bislang lag der Fokus immer auf der ersten Ziffer, die eine Einführung einer Schuldenbremse, die Limitierung der Fremdkapitalaufnahme und eine Steuererhöhungsbremse forderte. Aber diese Motion verfügt auch über eine zweite Ziffer: «Darüber hinaus sind die Einführung, respektive die Anpassung von weiteren finanzpolitischen Instrumenten sowie eine Modifikation der heute geltenden finanzpolitischen Zuständigkeiten zwecks Verstärkung der Einflussmöglichkeiten von Parlament und Stimmberechtigten zu prüfen und gegebenenfalls in den Bericht und in die Vorlage aufzunehmen». Ich glaube, dass wir als politische Behörde gut daran tun, wenn wir das Signal der Stimmberechtigten so interpretieren, dass wir grundsätzlich über die Ausgestaltung der Finanzpolitik in dieser Stadt nachzudenken haben. Dannzumal, als diese vor Jahrzehnten einmal definiert wurde, befanden wir uns in einer anderen Phase, es herrschte Hochkonjunktur und wir befanden uns in einer Wachstumsphase, sodass in dieser Zeit die Fragen, die es heute zu beantworten gilt,



nicht gestellt wurden. Wenn wir sehen, dass andere Städte mit einem abgelehnten Budget es nur schaffen, den Status Quo, also die bisherige Steueranlage, umzusetzen, so glaube ich, dass alle 40 Mitglieder hier im Rat daran interessiert sein sollten, dass man eben zielgerichtet an dieser zweiten Frage dieser Motion arbeitet, um so das Vertrauen der Stimmberechtigten in die Finanzpolitik dieser Stadt zu gewinnen. So glaube ich auch, dass es einfacher sein wird die Menschen dafür zu überzeugen, mehr Geld aus ihrem Portemonnaie herauszuziehen, weil sie dann wissen, wofür es ausgegeben wird und weil sie wissen, dass sie irgendwo auf die langfristige Finanzpolitik Einfluss nehmen können.

Aus diesem Grund war es unserer Ansicht nach ein guter Zug des Gemeinderates, dass er die rasche Bearbeitung dieser Motion an die Hand zu nehmen gedenkt. Und wir würden es als sehr wertvoll anschauen, wenn eigentlich noch vor der Abstimmung die nächsten Schritte eingeleitet würden, was wohl zu einer vertrauensbildenden Massnahme führen würde.

In Anbetracht der Tatsache, dass wir heute eigentlich nichts Echtes entscheiden können, weil wir ansonsten das Budget gefährden, erachten wir den Vorschlag der Variantenabstimmung mit einerseits dem bisherigen Steuersatz und andererseits dem vom Gemeinderat anvisierten Steuersatz als die Bestmögliche von allen schlechten Lösungen. Wir unterstützen diese aber vollumfänglich, weil es heute eben gar keinen Handlungsspielraum gibt. Aber es geht darum, dass wir uns langfristig nicht immer wieder in dieser Situation sehen und in der Budgetdebatte allseits feststellen müssen, dass wir eigentlich nichts sagen können. Daran haben wir zu arbeiten. Das «Daran-arbeiten» mit dieser Motion wird wahrscheinlich ungefähr vier Jahre benötigen, bis sie dann ihre Auswirkungen zeitigt und die Verfassung angepasst vorliegt. Und in diesen vier Jahren müssen wir uns noch irgendwie durchseuchen.

Das beschreibt unser Votum zum Grundsatz, zum Eintreten und zur ersten Frage, die wir diskutieren werden. Wir werden uns zu einem späteren Zeitpunkt noch zu den Details der einzelnen Budgetpositionen, zur Abstimmungsempfehlung und zur Botschaft äussern. Danke.

**SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP):** In der Zeit der Hochkonjunktur, die Du Diego soeben erwähntest, galt ein Steuersatz von 1,66. Langenthal war aber dennoch relativ arm dran und man musste relativ viel verlottern lassen und es wurde kaum investiert. Wir kamen dann später zu Geld und senkten die Steuern. Man weiss, dass eine Steuersenkung ganz einfach zu machen ist; eine Steuererhöhung durchzusetzen hingegen recht schwer, was wohl in der Natur des Menschen liegt, dass dies nicht ganz so einfach vonstattengeht. Ich habe das Gefühl, dass es vor allem auch daran liegt, weil wir im Stadtrat nicht ein Stadttheater, aber doch ein bisschen ein Theater zu diesem Budget aufführten, was weiter zur Verunsicherung in der Stimmbevölkerung führte. Und es ist halt so, dass, wenn es im Parteiprogramm drinsteht, dass jede Steuererhöhung des Teufels ist, es dann später den Leuten schwer beizubringen ist, warum eine Erhöhung eben manchmal doch auch notwendig ist.

Die SP/GL-Fraktion ist ganz klar der Meinung, dass man diese Variantenabstimmung entsprechend durchführen soll. Wir finden es richtig, dass man nun unbedingt versucht, diesen budgetlosen Zustand zu beenden und selber ein Budget vorschlägt. Wir sind deshalb auch damit einverstanden, dass man diese beiden Varianten mit 1,44 und 1,38 entsprechend vorlegt. Wir sind aber auch ganz klar der Meinung, dass man nun nichts mehr daran herumschrauben sollte, was uns der Gemeinderat hier vorlegte. Es wäre ein schlechtes Zeichen, wenn wir nun wieder damit beginnen würden, irgendwelche Detailpositionen zu verändern, was ein falsches Signal darstellt. Es dünkt uns auch, dass wir im vergangenen Oktober mit relativ grossem Mehr ein Budget mit 1,44 verabschiedeten. Ich sehe nicht, dass sich in der Zwischenzeit etwas gross änderte, sodass wir deshalb auch erwarten, dass sich die Mehrheit dieses Parlaments wieder zu diesen 1,44 bekennt; sprich zu dem, was schlussendlich auch vernünftig ist. Merci für die Aufmerksamkeit.

**SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP):** Gut, wenn jetzt das Mikrofon wieder funktioniert, besser spät als nie. Dies ist gerade ein bisschen sinnbildlich für die Budgetdiskussion, was genau das Thema ist, worüber wir uns im Moment unterhalten, damit wir doch noch zu einem Budget kommen. Spass beiseite und so ich komme zur Sache. Langenthal hat kein Budget und dies ist eine nüchterne Feststellung. So



etwas ist nicht ganz üblich und es lässt auf eine gewisse systemische Dysfunktionalität schliessen. Das ist nicht wegzudiskutieren, da es der Normalfall wäre, dass ein genehmigtes Budget vorliegt. Immerhin sollte man es auch nicht schlecht reden und es insbesondere auch nicht irgendwie als Zeichen für den grundsätzlichen Niedergang von Langenthal ansehen, wie das gewisse Leute vielleicht behaupten. Man muss eben auch die Fakten anderer Gemeinden anschauen. Dass nun Gemeinden das Budget aufgrund der Steuererhöhung ablehnen, ist zwar nicht gerade der Regelfall, aber es kommt häufiger vor, als dass man von Einzelfällen reden könnte, so wie es auch bereits Roberto Di Nino an den beiden Beispielen von Herzogenbuchsee und Biel aufzeigte. Es ist somit auch nicht so verrückt aussergewöhnlich, wenn nun einmal das Budget im ersten Umgang abgelehnt wird.

Die Voraussetzungen bei der letzten Abstimmung waren aber auch effektiv denkbar schlecht. In den Tagen und Wochen vor der Abstimmung waren für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zwei Dinge feststellbar: Erstens geht Langenthal mit den Steuern hoch und zweitens gibt es kein Stadion für den SCL in der bestehenden Liga. Danach machte man die Rechnung, dass es zu mehr Steuern ohne das Stadion kommt, was man eben nicht will, sodass dieses Nein zustande kam. Es ist aus unserer Sicht nicht besonders konstruktiv, wenn man hier die stadträtlichen Debatten mit den wenigen Kürzungen im Kulturbereich zu kontaminieren versucht, die zwar in der Summe nicht gerade bagatellhaft, aber auch nicht wahnsinnig weitgehend ausfielen und es wenig Sinn macht, diese irgendwie noch als Grund für die Ablehnung anzuführen. Ich erinnere daran, dass im Abstimmungskampf namentlich aus dem Kulturbereich aktiv für das Budget geworben wurde. Das bestätigt ja eigentlich, dass genau diese Seite eben sehr wohl für ein Ja einstand. Und dies passierte wohl durchaus nicht zufällig, ist es doch die Kulturbranche, die wahrscheinlich fast am meisten darunter leidet, wenn kein genehmigtes Budget vorliegt. Das sind diejenigen Ausgaben, die im gemeinderechtlichen Sinn wahrscheinlich am ehesten als verzichtbar gelten würden. Die Unterstellung, dass kulturaffine Kreise aus Trotz das Budget ablehnten, würde bedeuten, dass sie gegen ihren eigenen Vorteil gestimmt hätten. Dies entspricht dem Verhalten eines Kleinkindes. Mein vierjähriger Sohn verhält sich erwachsener. Ich unterstelle damit niemandem, dass er sich wie ein Kleinkind verhält und genau deshalb ist eben der Verdacht falsch, dass hier die stadträtliche Diskussion zum Nein beitrug. Das ist einfach unzutreffend.

Nun geht es nach Ablehnung des Budgets darum, wie wir dieser Situation Herr werden. Das Ziel muss sein – und das hat für die SVP-Fraktion die oberste Priorität, dass man ein Budget hat. Es kann nicht sein, dass die Stadt Langenthal am Schluss vom Kanton fremdverwaltet wird, indem uns der Kanton das Budget aufkrotyert. Das bedeutet halt, dass jede Seite ein klein, klein wenig zurückzustehen hat, damit man am Schluss einen Kompromiss hat, den man nachher der Stimmbürgerin oder dem Stimmbürger auch gewinnbringend verkaufen kann. Und dies passierte bislang. Der Gemeinderat stand zurück und nahm von seiner Haltung Abstand, nur eine Variante mit 1,44 vorzuschlagen, sodass er bereit ist zumindest in dieser Budgetrunde eine Variantenabstimmung zu unterbreiten; ein bisschen entgegen den Aussagen von letztem Jahr, als man die 1,44 als unverhandelbar ansah. Nun ist man doch bereit, im Interesse der Sache, zwei Varianten vorzulegen, zumal eben keine Zeit besteht, respektive auch kein Risiko mehr für eine zweite erfolglose Abstimmung bestehen darf.

Es wird namentlich auch von bürgerlicher und GLP/EVP-Seite, die den Antrag damals unterstützten, Kompromissbereitschaft verlangt. Ich spreche hier das Thema «Stadttheater» an, bei dem man eine Kürzung von Fr. 70'000.00 vornahm und nun aber vorgeschlagen wird, nur, aber immerhin noch um Fr. 30'000.00 zu kürzen. Da wird eine gewisse Kompromissbereitschaft von denjenigen Fraktionen gefordert, die den damaligen Antrag stellten. Ich kann es vorwegnehmen, dass unsere Fraktion diesen Schritt macht, sich quasi zurücknimmt und auf die andere Seite zugeht, so dass sie bereit ist, diese Reduktion der Reduktion im Sinne einer staatspolitischen Klugheit zu befürworten. Dies ist aber nicht so, weil wir es falsch finden, eine Kürzung von Fr. 70'000.00 vorzunehmen, sondern wir den Kompromiss als noch wichtiger als zuvor ansehen. Den Begriff der staatspolitischen Klugheit ist somit in dem Sinn zu verstehen, dass wir bereit sind, diese Variantenkürzung von Fr. 30'000.00 zu akzeptieren. Ebenso wird auch von der



SP/GL-Fraktion Kompromissbereitschaft verlangt. Sie forderten die Steuerhöhung auf 1,44 am vehementesten. Mit dieser Variantenabstimmung müssen auch sie einen Schritt auf die andere Seite zugehen und bereit sein, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Möglichkeit einzuräumen, über beide Varianten abzustimmen. Alle müssen etwas liefern und alle müssen einen Schritt aufeinander zugehen und wir sind bereit, dies so zu machen. Ich kann sogleich auch meinen Vorredner beruhigen, dass es bei uns keine Einzelanträge zu den Budgetpositionen geben wird, da wir die Ansicht teilen, dass man das Budget so wie vorgeschlagen den Stimmbürgern vorlegen sollte, zumal es ja nur mit Ausnahme der Steuerertragszahlen auch demjenigen entspricht, wie wir es im letzten Jahr verabschiedeten. Der Unterschied ist danach ja nur noch der Steuersatz. Dies natürlich in der Hoffnung, dass die einen für 1,38 und die anderen für 1,44 votieren, aber dass möglichst die Allerwenigsten zweimal Nein schreiben, was dem Super-GAU gleichkäme. Darum sind auch diejenigen, die bei uns für 1,38 stimmen, selbstverständlich auch bereit, die Variante mit 1,44 zu unterstützen und vice versa, um so dieser Variantenabstimmung eine entsprechende Chance zu geben. Selbstverständlich werden wir infolgedessen bei der ersten Abstimmung einstimmig für die Durchführung dieser Variantenabstimmung stimmen.

In Sachen Anträge gibt es unsererseits einen Antrag zur Botschaft, wozu ich dann darauf zu reden komme, sobald wir bei diesem Traktandum angelangt sind. Auch zum Stimmverhalten, ob ein Steuersatz von 1,38 oder 1,44 bevorzugt wird, werde ich mich auch zur gegebenen Zeit äussern. Merci fürs Zuhören.

**GLP/EVP-Fraktion, Michael Sigrist (EVP):** Ich mache es kurz, fanden wir doch in der Diskussion, dass wir nicht gross zurückschauen und irgendetwas interpretieren sollten, sondern lieber nach vorne schauen möchten. Die gute Nachricht ist ja, dass Langenthal in diesem Jahr noch ein Budget bekommt. Die Frage ist einfach, ob wir uns dies selber geben oder durch den Kanton vorgeschrieben wird. Für uns ist es ebenso wichtig, dass wir dies selber gestalten und entscheiden können, ohne ein Budget aufgezwungen zu bekommen. Dementsprechend unterstützen wir diese Variantenabstimmung, weil es aus unserer Sicht einerseits sowohl das erfolgte Nein ernst nimmt und andererseits aber auch das Sinnvolle und finanzpolitisch Korrekte anbietet. Aus diesen Gründen werden wir dieses Vorgehen unterstützen.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Merci. So sprachen nach meiner Buchhaltung bereits alle Fraktionssprecher und wir kommen zu den Einzelsprechern. Gibt es noch Einzelsprecher, die sich äussern möchten?

**Pascal Dietrich (parteilos):** Gemeinderat Roberto di Nino führte es in seinem Eintretensvotum aus, wie es in anderen Orten im Kanton Bern zu und her geht. Dies lässt sich so zusammenfassen, dass diese Gemeinden möglichst schnell und auf einem möglichst sicheren Weg wieder zu einem Budget kommen wollten. Und zwar eben damit, indem sie in Kauf nahmen, dass dann die Steueranlage gleichbleibt. Mir schwebte eigentlich vor, dass wir dies in Langenthal auch so machen. Und ich muss sagen, dass ich mit dem Vorgehen vom Gemeinderat Mühe habe, hätte ich doch eigentlich erwartet, dass man möglichst schnell schaut, dass man das Budget telquel mit einer unveränderten Steueranlage von 1,38 – sicherlich auch ergänzt mit aktualisierten Zahlen vom Kanton, möglichst schnell wieder durch den Instanzen- und Behördenweg bringt und dem Volk vorlegt. Dies wäre meinerwegen mittels einer Sondersitzung der Finanzkommission und der Sitzung des Stadtrates, die man nicht hätte absagen sollen, möglich gewesen. Wenn man dies mit «Auf das Gaspedal drücken» so gemacht hätte, hätte es vielleicht nicht gerade für den Abstimmungstermin vom 12. März 2023 gereicht, hingegen wäre es dann bereits im April möglich gewesen eine Abstimmung durchzuführen. So hätten wir nun heute am 8. Mai 2023 sehr wahrscheinlich ein genehmigtes Budget vorliegen, sodass man sich auch all diese Diskussionen um Landschulwochen und weiteren Dingen, die im Moment im Gang sind, hätte sparen können. Ich bedaure das sehr, dass sich der Gemeinderat nicht einfach sagte, dass dieser Betriebsunfall nun eben passierte, sodass wir schauen müssen, dass wir so schnell wie möglich und auch so sicher wie möglich zu einem genehmigten Budget kommen. Das würde gehen, indem man die Steueranlage dort belässt, wo sie aktuell ist und man damit schnell vor den Stadtrat und das Volk geht. Ich hätte dies von dem her in dieser Form gelöst, worauf wir aber leider keinen Einfluss hatten. Ich bin sehr wohl mit dem Gemeinderat einverstanden, dass wir längerfristig an dieser Steueranlage etwas ändern müssen und wahrscheinlich mit 1,38 nicht



weiter machen können. Das sagte ich allerdings bereits im letzten Oktober und das ist so. Aber für das Jahr 2023 hätte es diesen Aufwand wirklich nicht gebraucht.

Das Leben ist dann eben schon auch voll von Überraschungen, besonders auch hier in Langenthal. Ich staunte beispielsweise sehr, als ich am 28. Februar 2023 die Pressemitteilung des Gemeinderates las, worin fett geschrieben steht: «Das überarbeitete Budget wird den Stimmberechtigten am 18. Juni 2023 in einer Variantenabstimmung vorgelegt». Ich war bislang der Meinung, dass in Langenthal immer noch der Stadtrat das Budget beschliesst und dem Stimmvolk vorlegt. Aber offenbar täuschte ich mich da, weil dazu überhaupt nichts erwähnt war, dass dies dann noch vom Stadtrat zu beschliessen ist. Dementsprechend nahm dies auch die Presse auf, was kein ja Wunder ist. Gut, früher hätte wohl noch hin und wieder ein kritischer Journalist nachgefragt, ob dies wirklich so wie beschrieben ablaufen würde, was heute aber offenbar nicht mehr der Mode entspricht. Deshalb weiss ich eigentlich gar nicht, was wir hier heute Abend noch gross diskutieren wollen, weil ja alles bereits in der Zeitung stand, wie es ablaufen wird. Somit gibt es am 18. Juni 2023 eine Variantenabstimmung, sodass wir heute Abend auch etwas anderes hätten machen können.

Dies waren nun einfach noch ein paar Bemerkungen zu diesem Vorgehen. Wir erhielten ja vom Stadtpräsidenten ein wirklich schönes Weihnachtskärtchen zugeschickt, indem er sich auch zur Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Stadtrat äusserte, was ich übrigens sehr gut fand und ich mich dafür an dieser Stelle bedanken möchte. Dies ist mir auch wichtig und es ist zweifellos so, dass beide Seiten Fehler begangen und sich somit beide Seiten Mühe geben müssen, damit dies bessert. Aber mit dieser Pressemitteilung vom 28. Februar 2023 trug man aber sicherlich nicht viel dazu bei, dass sich die Zusammenarbeit wieder verbessert. Das muss ich an dieser Stelle schon auch feststellen.

Die zweite Überraschung, die ich dann auch noch erlebte, betrifft die Sache selber, indem man nämlich die Durchführung einer Variantenabstimmung beabsichtigt. Ich erinnere mich daran, was allerdings einige Jahre zurückliegt, aber auch immer noch der Wahrheit entspricht, dass der ehemalige SP-Stadtratspräsident Bernhard Marti mehrfach anregte, dass, falls die eine Seite nicht bereit ist, sich für eine Steuererhöhung einzusetzen, man doch eine Variantenabstimmung machen sollte. Uns wurde dann allerdings von der Rechtsabteilung der Stadt gesagt, dass dies beim Budget nicht möglich ist. Ich fragte bei ihm nochmals nach, was er mir bestätigte, dass er damals eine solche Auskunft erhielt. Offenbar kam man nun bei dieser Frage zu anderen Schlussfolgerungen. Dies ist wohl vertretbar, weil es nirgends explizit steht, dass dies bei einem Budget nicht machbar ist. Aber früher nahm man offenbar diese Haltung ein und nun revidierte man diese. Dies kann man von mir aus so machen. Ich möchte aber gleichwohl davor warnen – auch wenn wir es bereits vernahmen, dass es am 18. Juni 2023 zu dieser Variantenabstimmung kommt, dass eine Variantenabstimmung schon auch Risiken in sich birgt, indem es Leute geben könnte, die allein für eine Variante mit 1,44 plädieren, um die finanzielle Zukunft damit sichern zu können, wie das auch der Gemeinderat bereits ausführte. Eine Variante mit 1,38 lehnen sie dabei dann auch ab. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, für die im Moment eine Steuererhöhung nicht in Frage kommt und somit die Variante von 1,44 ablehnen. So könnte sich dies zu einer grundsätzlichen Ablehnung kumulieren, was ich allerdings nicht hoffe, dass dies passiert. Aber eine solche Variantenabstimmung stellt einfach auch ein Risiko dar, sodass ich mich nur wiederholen kann, dass es sicherlich der schnellste und sicherste Weg gewesen wäre, wenn man einfach ein Budget mit einer Steueranlage von 1,38 gebracht hätte, was so durchgekommen wäre und dann hätte man für das Jahr 2024 schauen können. Dazu sagte ich nun wirklich bereits mehrfach, dass dann wahrscheinlich die meisten bei einer Anpassung mithelfen, weil wir sehen, dass es längerfristig mit 1,38 nicht mehr weitergeht. Das waren meine Bemerkungen zur Grundsatzdiskussion und ich bedanke mich für das Zuhören.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Besten Dank. Gibt es weitere Einzelsprecher?

**Martin Lerch (SVP):** Ich gratuliere und danke dem Gemeinderat dafür, dass er eine Variantenabstimmung vorschlägt. Ich bin klar der Meinung, dass man diesen Vorschlag unterstützen sollte, wie wir dies bereits seitens der Fraktionen so hörten. Die Variantenabstimmung macht deshalb Sinn, weil sie finanzpolitisch



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 8. Mai 2023

absolut vertretbar und auch taktisch geschickt ist. Die Variantenabstimmung bietet auch die beste Gewähr, dass man eben nach dem 18. Juni 2023 ein verabschiedetes Budget hat. Sie wird vermutlich auch vertiefte Hinweise darauf geben, was das Volk effektiv will, woraus es dann gilt, die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Besten Dank.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Danke. Gibt es noch weitere Voten von Einzelsprechern? Das scheint nicht der Fall zu sein. So würden wir nun darüber abstimmen, ob man diese Vorlage wie vorgängig vorgeschlagen dem Volk in zwei Varianten vorlegen möchte. Ist dieses Vorgehen für alle klar? Gut. Wer dem zustimmen kann, dass wir diese Vorlage in zwei Varianten dem Volk unterbreiten, soll dies nun mit der Stimmkarte anzeigen. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über die Vorlage mit zwei Varianten

**35 Ja angenommen**

1 Nein

1 Enthaltung

Somit beschlossen wir die Vorlage mit zwei Varianten vorzulegen. Gibt es nun noch weitere Wortmeldungen im Rahmen der allgemeinen Beratung? Das scheint nicht zuzutreffen.

## C Detailberatung

### Budgetvariante A

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Wir starten nun mit der Detailberatung über die Budgetvariante A und beginnen somit mit derjenigen, die der Gemeinderat unterstützt. Die Beratung gestaltet sich wie üblich kapitelweise. Wir beraten allfällig gestellte Änderungen und Anträge einzeln und stimmen nach der allfälligen Stellungnahme durch den Gemeinderat dazu jeweils auch ab. Bislang liegen keine Anträge vor und gehe kapitelweise vor.

Budgetpositionen Konten Nr. 0 - 5

*Ohne Wortmeldung*

Budgetpositionen Konto Nr.6 (Bildung, Kultur und Sport)

Hierzu hat Diego Clavadetscher eine Bemerkung oder einen Antrag.

**FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):** In der Budgetposition 6 befindet sich das Stadttheater, das ist doch richtig so? Gut. Ich möchte mich hier auf zwei Vorredner beziehen. Roland Loser, Du sprachst das Theater rund ums Budget an und meintest dabei wahrscheinlich Äusserungen von Parlamentarierinnen und Parlamentariern zur Position des Stadttheaters. Es ist unsere Aufgabe, dass wir uns im Rahmen der Budgetdebatte zu diesen Budgetpositionen äussern, zumindest noch heute. Und ich nehme an, dass Ihr wahrscheinlich im Rahmen dieser demnächst stattfindenden Gesamtschau vielleicht anregt, dass das Budget nicht mehr in der Kompetenz des Stadtrats liegen sollte. Das kann man so machen, aber im Moment steht uns dies noch zu und sind wir eigentlich auch dazu angehalten. Das ist wahrscheinlich der falsche Weg, wenn man unsere Möglichkeit beschneidet, dies hier zu diskutieren. Es ist nötig, dass wir etwas zur Position des Stadttheaters sagen. Ich erinnere daran, dass das Stadttheater Ausgaben im Bereich von etwa 2,25 Mio. Franken generiert, was gemäss den budgetierten Einnahmen zu einer Gesamtbelastung von etwa 1,12 Mio. Franken führt. Wer sich die jüngste Medienmitteilung zur Jahresrechnung von 2022 durchlas, sah, dass dort das Stadttheater mit Fr. 300'000.00 schlechter abschneidet als budgetiert. So ist es eben in unserer finanzpolitischen Verantwortung – und hier geht es um Finanzpolitik und nicht um Kulturpolitik, dass wir dazu Stellung nehmen.

Und keine Angst, und dabei greife ich das zweite Votum von Vorredner von Patrick Freudiger auf, dass



auch wir über die staatspolitische Klugheit verfügen und ebenso keinen Antrag stellen werden. Aber da wir bis zur nächsten Budgetdebatte keine Chance mehr haben uns zu dieser Frage zu äussern, müssen wir dies eben heute machen, damit man Einfluss darauf nehmen kann, oder vielleicht einfach nur Anregungen mit auf den Weg geben kann, wie wir dies ungefähr sehen würden. Wir möchten nicht, dass wir in der nächsten Budgetdebatte zu dieser Position erneut vor ein *Fait accompli* gesetzt werden. Wir erwarten, dass diese frisch zu verhandelnden Leistungsverträge neu so formuliert werden, dass die Sanktionen klar definiert sind, falls die Stadt Langenthal aus irgendwelchen Gründen zum Budget einen anderen Entscheid fällt. Möglicherweise wäre es sinnvoll, wenn man die massgebliche Grösse nicht auf die Budgetgrösse ansetzt, sondern anhand der effektiven Ausgaben, weil dies auch nicht im Interesse unserer Partner dieser Leistungsverträge ist. Wir sind der Meinung, dass es innerhalb der Verwaltung eine stringente Haltung benötigt, wenn in Aktennotizen an den Gemeinderat geschrieben wird, dass es der Meinung der Langenthaler Politik entspricht, das Stadttheater via Budget zu führen. Dies ist so in jüngeren Aktennotizen nachzulesen, die dem Gemeinderat unterbreitet wurden. Es ist allerdings wohl zutreffend, dass das Parlament auch tatsächlich über das Budget zu diesem Bereich Aussagen machen kann, dass in diesem Bereich Geld ausgegeben werden soll oder eben nicht. Somit muss man die Leistungsverträge entsprechend anpassen. Falls man diese Leistungsverträge nicht anpassen kann, so muss man sie vorgängig ins Parlament bringen. Damit unsere Arbeit hier nicht einfach zu einer «l'art pour l'art-Übung» verkommt, erwarten wir, dass das Stadttheater wie auch andere Dienststellen dieser Stadt in Zukunft Verträge unter Vorbehalt der Genehmigung des Budgets abschliessen. Ansonsten machen wir hier lediglich irgendwelche Übungen, wenn nach Ablehnung des Budgets durch das Parlament oder wie eben passiert durch die Stimmberechtigten weiterhin «*Courant normal*» herrscht. Das vollzog sich entsprechend im Kulturbereich, da dort in den vergangenen vier Monaten praktisch keine Einsparungen vorgenommen wurden, weil eben alle Verträge so etwas nicht vorsehen. Im Bereich der Schülerinnen und Schüler, der deutlich mehr Leute betrifft, wurden hingegen Ausgaben gestoppt, weil man dort nicht so «bauernschlau» war und Verträge abschloss, von denen man als Stadt nicht zurücktreten konnte. Das ist auch etwas, was sich die Menschen, die sich zu Recht für die Kultur einsetzen, gut überlegen sollten, ob dies dem Interesse einer langfristigen Akzeptanz der Kulturpolitik entspricht, wenn man auf der einen Seite das Budget einfach nicht einhält, indem man ein um ein Viertel höheres Defizit als geplant erzielt, und man sich auf der anderen Seite nicht gleich verhält, sodass eigentlich Kürzungen bei den Schulkindern vorgenommen werden müssen und nicht bei den Besucherinnen und Besuchern des Stadttheaters. Wir werden ausserdem anregen, dass man das Stadttheater allenfalls in einen eigenständigen Rechtsträger auslagert, damit eben diese Leistungsverträge zugunsten der Stadt Langenthal besser funktionieren als wie sie beim Theater als Regiebetrieb funktionieren. Das sind alles Überlegungen, die wir für die nächste Budgetdebatte und das nächste Aushandeln der Leistungsverträge weitergeben möchten, da es nicht sein kann, dass der Stadtrat einfach immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt wird, wie auch immer die begründet werden. Dementsprechend bitten wir dies für die Zukunft so zur Kenntnis zu nehmen. Danke.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Danke auch dafür. Ich gehe richtig in der Annahme, dass es sich hier alleine um Bemerkungen und nicht um Anträge handelt. Somit sind diese Positionen durchberaten. Gibt es nun noch Wortmeldungen zur Zusammenfassung von Aufwand und Ertrag auf Seite 91 bis Seite 94 im hinteren Teil des Budgets? Nein, dem ist nicht so. So fahren wir mit der Budgetvariante B fort, bei der wir genau gleich vorgehen.

## **Budgetvariante B**

### Budgetpositionen Konten Nr. 0 - 6 : Ohne Wortmeldung

Bevor ich nun diese Beratung schliesse, besteht nochmals die Möglichkeit, sich ansonsten zum Budget 2023 zu äussern. Möchte hier nochmals jemand im Allgemeinen etwas sagen? Auch dies scheint nicht der Fall zu sein. Besten Dank. Somit erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht der Gemeinderat nochmals das Wort? Nein.



## D Schlussabstimmung

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Somit schreiten wir unter Punkt D zur Schlussabstimmung über das Budget, das wir nun wie vorliegend mit zwei Varianten berieten und wir gemäss dem grau markierten Teil der Beschlussfassung Ziff. I von Bericht & Antrag des Gemeinderates zu befinden haben. Ich lese Ihnen dies noch einmal vor, damit allen klar ist, über was wir nun abzustimmen haben: Wie ich zu Beginn der Beratung erklärte, geht es nun bei diesen beiden Abstimmungen darum, die Vorlagen der beiden Varianten in dieser Form zu bestätigen und somit zuhanden der Volksabstimmung zu verabschieden. Erst bei der dritten Abstimmung geht es darum, seine Stimme für jene Budgetvariante abzugeben, die man entsprechend befürwortet, falls beide Varianten vorab gutgeheissen werden. War dies verständlich so? Gut. Wer nun wie vom Gemeinderat beantragt die Budget Variante A zuhanden der Volksabstimmung verabschieden möchte, zeigt dies mit der Stimmkarte an. Wer spricht sich dagegen aus? Gibt es Enthaltungen?

Nun folgt die Abstimmung zu Budgetvariante B. Wer dieser ebenso zustimmen möchte, bezeugt dies erneut mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

- **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein und 0 Enthaltungen zuhanden der Stimmbevölkerung:**

### Budgetvariante A:

1. **Das Budget der Erfolgsrechnung 2023 auf der Stufe Gesamthaushalt der Einwohnergemeinde Langenthal mit einem Gesamtaufwand von Fr. 109'143'500.00 und einem Gesamtertrag von Fr. 104'539'400.00 (jeweils ohne Gewinn- und Verlustausweise der Spezialfinanzierungen), das heisst mit einem Aufwandüberschuss des Gesamthaushalts von Fr. 4'604'100.00 wird genehmigt. Das Ergebnis setzt sich aus dem Aufwandüberschuss im steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalt von Fr. 3'852'100.00 und dem Aufwandüberschuss der Spezialfinanzierungen von Fr. 752'000.00 zusammen.**
2. **Im Jahr 2023 sind die folgenden Gemeindesteuern zu erheben:**
  - a. **auf den Gegenständen der Staatssteuer (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Grundstücksgewinn/Sonderveranlagungen gemäss der kantonalen Steuergesetzgebung) das 1.44-fache (bislang 1.38-fache) der gesetzlichen Einheitsansätze;**
  - b. **eine Liegenschaftssteuer von 1.0 ‰ (unverändert) des amtlichen Wertes.**
3. **Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.**

- **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein und 0 Enthaltungen zuhanden der Stimmbevölkerung:**

### Budgetvariante B:

1. **Das Budget der Erfolgsrechnung 2023 auf der Stufe Gesamthaushalt der Einwohnergemeinde Langenthal mit einem Gesamtaufwand von Fr. 109'143'500.00 und einem Gesamtertrag von Fr. 103'067'400.00 (jeweils ohne Gewinn- und Verlustausweise der Spezialfinanzierungen), das heisst mit einem Aufwandüberschuss des Gesamthaushalts von Fr. 6'076'100.00 wird genehmigt. Das Ergebnis setzt sich aus dem Aufwandüberschuss im steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalt von Fr. 5'324'100.00 und dem Aufwandüberschuss der Spezialfinanzierungen von Fr. 752'000.00 zusammen.**
2. **Im Jahr 2023 sind die folgenden Gemeindesteuern zu erheben:**



- a. auf den Gegenständen der Staatssteuer (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Grundstücksgewinn/Sonderveranlagungen gemäss der kantonalen Steuergesetzgebung) das 1.38-fache (unverändert) der gesetzlichen Einheitsansätze;
  - b. eine Liegenschaftssteuer von 1.0 ‰ (unverändert) des amtlichen Wertes.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Bevor ich nun zur Abstimmung über die Stichfrage komme, würde ich gerne noch einmal das Mikrofon für weitere Bemerkungen oder Wortmeldungen öffnen. Darf ich dazu jemandem das Wort erteilen?

**FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):** Ich gehe davon aus, dass sich nun die Fraktionssprecherinnen und -sprecher zu den Varianten äussern können? Gut, dann bin ich richtig. Ein Teil unserer Fraktion ist der Meinung, dass diese Erhöhung des Steuersatzes in diesem Jahr zum falschen Zeitpunkt kommt, dies aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage und der Kostensteigerungen, die die Einzelnen erlitten. Das Gros der Fraktion war aber bereits schon das letzte Mal der Auffassung, dass es richtig ist eine Steuererhöhung auf 1,44 vorzusehen, nachdem sich der Gemeinderat dazu bereit erklärte, die finanzpolitische Strategie zusammen mit dem Parlament zu überdenken. Aus unserer Sicht ist nicht das Eigenkapital die entscheidende Grösse, auf das wir uns fokussieren sollten, da wir davon im Moment ja noch genug haben. Die andere Grösse in der Finanzwirtschaft betrifft die Liquidität. Die Liquidität wird in den kommenden Jahren gemäss unseren Kenntnissen massiv abnehmen, weil unsere Stadt Grossprojekte am Laufen hat, namentlich ESP Bahnhof. Wenn die Liquidität zurückgeht, so braucht es Fremdkapital. Und Fremdkapital kostet heute wieder etwas. Mit dieser Steuererhöhung, die wir beschliessen würden, würde der Stadt Langenthal jedes Jahr ungefähr 1,5 Mio. Franken zusätzliche Mittel an Liquidität zur Verfügung stehen; das heisst, dass sie weniger Schulden aufnehmen müsste und dass sie weniger Zinsbelastungen zu tragen hätte und damit zukünftig auch weniger Aufwand. Das ist für uns der entscheidende Punkt und wir erwarten eigentlich auch, dass all diese Kreise in dieser Stadt, insbesondere diejenigen, die kostenintensive Grossprojekte vor sich haben, diese Überlegungen ebenso anstellen. Weil wir mit Strassen und Schulhäusern in unserem Besitz zwar über Eigenkapital verfügen, sich aber kein Bauunternehmer und kein Planer mit einer Strasse für ein Grossprojekt bezahlen lässt, das irgendjemand realisiert haben möchte.

**SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP):** Nachdem es sich hier um die wahrscheinlich meistdiskutierte Frage in dieser ganzen Budgetdebatte handelt, ist es wohl richtig, dass man sich hierzu auch seitens unserer Fraktion noch kurz dazu äussert. Zuvor danke ich allen, die der Variantenabstimmung zum Ob-siegen verhalfen. Ich glaube, dass man damit für die Abstimmung ein gutes Setting vornahm, die zur Minimierung eines Worst-Case-Risikos beiträgt, indem der Kanton das Budget bestimmen würde. Ich erlaube mir in einem halben Satz darauf hinzuweisen, dass der Stadtrat bereits schon einmal eine Variantenabstimmung zum Budget verlangte, was dann relativ umstritten war und man es dann auch nur zu 75% umsetzte. Nun gehen wir alle gemeinsam diesen Weg und so frage ich mich, warum wir dies nicht von Beginn an so machten? Danke Diego Clavadetscher für Deinen Hinweis bezüglich Stadttheater. Auch wir sind der Meinung, dass man hier genau hinschauen muss, da es ein innerer Widerspruch ist, wenn man sagt, dass man stadteigene Institutionen über das Budget führt und es beim Budget dann aber heisst, dass man den Leistungsvertrag einhalten muss. Das geht so nicht auf. Immerhin trug der Gemeinderat auch hier zur Vertrauensbildung bei, indem er die Grundlagenakten entsprechend erweiterte. Ich denke, dass dies ein erster Schritt ist, dabei aber sicherlich nicht der letzte Schritt bleiben sollte.

Hinsichtlich der Variantenabstimmung gibt es in unserer Fraktion ein uneinheitliches Bild. Etwa die Hälfte empfiehlt Variante 1,44 und die andere plädiert für die Variante 1,38. Was sind die Gründe dafür? Für diejenigen, die für 1,44 sind, gilt erstens, dass man sich bereits das letzte Mal mit sehr grosser Mehrheit für ein Budget mit 1,44 aussprach, und begründet es zweitens mit Blick auf die Zukunft, in der dann absehbar ist, dass man dann auf 1,44 erhöhen muss. Eine andere Frage ist dann noch, ob man dies so



in der Botschaft schreiben muss. Aber es ist absehbar, dass man in Zukunft wieder auf diese 1,44 hochgeht und so findet es die eine Hälfte unserer Fraktion ehrlicher, wenn man diesen Schritt jetzt vollzieht, und nicht erst in zwei, drei Monaten, wenn das Budget 2024 zu beraten ist. Bei denjenigen Mitgliedern, die für 1,38 sind, geht es um jene, die bereits in der letzten Abstimmung für 1,38 waren. Sie werden aus den erwähnten Gründen auch dieses Mal für 1,38 stimmen, da man in Krisenzeiten nicht die Steuern erhöhen sollte. Daneben gibt es aber auch noch andere Überlegungen, die für 1,38 sprechen; dies im vollen Wissen, dass man das letzte Mal ein Budget mit 1,44 verabschiedete. Und dabei geht es vorab auch um den Gedanken der Risikominimierung. Selbstverständlich ist uns bewusst, dass wir in der letzten Volksabstimmung eine sehr tiefe Stimmbeteiligung zu verzeichnen hatten und dass es von dem her nicht garantiert ist, dass in der nächsten Abstimmung die Beteiligung deutlich höher ausfällt und es nicht nochmals zum genau demselben Resultat kommen kann. Trotzdem liegt man ja ein Abstimmungsergebnis vor, das keinem Zufallsmehr entspricht und man dieses Budget so nicht wollte. Wir machen dabei die Steuererhöhung im Verbund mit dem SCL-Entscheid als Hauptgrund aus. Ein Teil derjenigen, die für 1,38 votieren, wozu auch ich gehöre, erachtet es als zielführender, jetzt im Rahmen dieser Variantenabstimmung ein Signal des Vertrauens auszusenden und klarzustellen, dass man die Ablehnung des Budgets zur Kenntnis nahm und deshalb nun auch zwei Varianten zur Wahl stellt und dabei auch die Variante 1,38 bevorzugt. Das ist dann allerdings ausdrücklich kein Präjudiz für das Budget 2024. Dort rufe ich in Erinnerung, dass unsere Fraktion das letzte Mal grossmehrheitlich das Budget mit 1,44 unterstützte. Nun liegt aber ein anderer Parameter für die zweite Abstimmung über das Budget 2023 vor. Es gibt nun eine zweite Budgetabstimmung und es mag keinen dritten Anlauf leiden, ansonsten der Kanton das Budget bestimmt. Entsprechend muss man alles unternehmen, was zur Risikominimierung beiträgt. Entsprechend könnte eben die Empfehlung für die Variante 1,38 in dieser Abstimmung auch ein Beitrag darstellen. Danke fürs Zuhören.

**SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP):** Ich sagte es bereits im einleitenden Votum, dass die SP/GL-Fraktion ganz klar für die Variante mit 1,44 votiert. Ich denke, dass es nun wirklich notwendig ist, dass wir Einigkeit zeigen und auch Einigkeit mit dem Gemeinderat zeigen und wir eben auch die Verantwortung übernehmen, zu sagen, was es braucht. Man kann sich schon auf den Standpunkt stellen und den Leuten im weitesten Sinn nach dem Mund reden, was ich allerdings nicht verteufeln möchte, und nun einfach nachgibt und sagt, dass man den Steuersatz nun bei 1,38 belässt. Man überlässt den Leuten damit schlussendlich die Entscheidung, was sie wollen, aber wir sagen ihnen auch, was wir für vernünftig halten. Das stellt vielleicht ein kleines Risiko dar, aber ich denke, dass wir dies nun einfach so machen müssen. Wenn wir es jetzt nicht durchziehen, müssen wir es einfach nächstes Jahr machen und es wäre gut, wenn wir nun mit einem positiven Zeichen in die Zukunft gehen und bereits diese 1,44 umsetzen könnten. Merci.

**GLP/EVP-Fraktion, Michael Sigrist (EVP):** Ich schliesse mich meinem Vorredner an, dass die Variante mit 1,38 auch aus unserer Sicht etwas kurzsichtig ist und wir stellen auch in Frage, ob wir uns dies so leisten können, wie es auch bereits Roberto Di Nino antönte, sodass wir es nicht für sinnvoll finden, wenn wir uns dies leisten. Für uns ist die Wahl von 1,38 einfach zu kurzfristig betrachtet, entsprechend gefährlich und somit auch unverantwortlich. Aus diesem Grund sind wir für 1,44, weil dies hinsichtlich der städtischen Ausgaben realistischer und auch nachhaltiger ist. Deshalb werden wir dies einstimmig unterstützen. Merci.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Danke. So wünscht nun noch Pascal Dietrich das Wort.

**Pascal Dietrich (parteilos):** Ein Budget mit einer Steueranlage von 1,44 wurde dem Langenthaler Stimmvolk bereits schon einmal vorgelegt. Am 22. Januar 2023 sagte das Volk Nein dazu. Wenn man das Abstimmungsergebnis ernstnimmt und respektiert, so kommt man jetzt nicht erneut mit derselben Steueranlage, sondern dann schlägt man die tiefere Variante vor. Das ist meine klare Haltung. Und 2024 betrifft dann ein anderes Jahr, worüber wir dann wieder diskutieren können, was klar ist. Aber wenn man den Volksentscheid vom 22. Januar 2023 ernstnimmt, kommt man nicht mehr mit demselben Vorschlag. Das macht man nicht.



**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen?

**Martin Lerch (SVP):** Letzte Woche sagte mir ein Bürger von Langenthal, dass wir auch etwas zu den kleinen Leuten schauen sollten. Was meint er damit? Alle unsere Bürgerinnen und Bürger spüren die Teuerung, die hohen Energiekosten und die Inflation; dies ist auch bei den KMU's so und viele Leute sind unter Druck. Und als zweites verweise ich auf die Vox populi, sind wir doch eine direkte Demokratie, was ich bereits an der letzten Stadtratssitzung sagte, sodass das Volk das letzte Wort hat. Man kann dies Populismus nennen, aber wenn das Volk einen Entscheid traf, so bin ich auch der Meinung, dass man dies respektieren und umsetzen sollte. Je nach Deutlichkeit des Abstimmungsergebnisses müssen wir auch die nötigen Schlüsse daraus ziehen. Aus diesen Gründen werde ich mich für 1,38 entscheiden.

**Nathalie Scheibli (SP):** Ich finde, dass 27% einem relativ kleinen Teil des Volkes entspricht und ich hoffe, dass nun doch bei der nächsten Abstimmung die eine oder andere Person auch findet, dass sie eigentlich zum Volk gehört und an die Urne geht. Vielleicht hätte dem Volk der ganze Meccano auch so erklärt werden müssen, wie dies zuvor Diego Clavadetscher machte, so hätten sie vielleicht verstanden, weshalb man Liquidität benötigt. Und die kleinen Leute – und ich meine nun nicht diejenigen mit den kleinen Portemonnaies, sondern diejenigen, die ich jeden Tag auf dem Schulweg antreffe; diese kleinen Leute wären auch froh, dass man über Liquidität für Sanierungen von gewissen Schulgebäuden verfügt, die es schon lange benötigen. Über ein Projekt davon haben wir heute Abend noch zu entscheiden. Und wenn wir nicht von Schäden eingeholt werden wollen, so müssen wir jetzt handeln und jetzt damit beginnen Liquidität zu schaffen und dies dem Stimmvolk auch so erklären. Danke für die Aufmerksamkeit.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Merci. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, so wünscht Gemeinderat Roberto Di Nino nochmals das Wort.

**Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP):** Ich hatte eigentlich vor, mich nicht mehr zu Wort zu melden, aber es gab zwei, drei Sachen, denen ich doch widersprechen möchte. Das eine betrifft das Votum von Diego Clavadetscher, indem er sagte, dass ein Teil der FDP/JLL-Fraktion den Zeitpunkt für falsch hält. Ich möchte einfach daran erinnern, zu welchem Zeitpunkt ich erstmals in Aussicht stellte, dass es eine Steuererhöhung braucht. Es war im August 2021 und zwar im Hinblick auf die Budgetdebatte 2022. Und dabei war eigentlich die Botschaft glasklar, dass es in diesem Jahr noch passt, aber im 2023 nicht mehr. Der Stadtrat verfügte über ein Jahr Vorlauf, um sich mit dieser Frage auseinandersetzen zu können. Dies einmal als Replik zum Zeitpunkt. Generell lässt sich sagen, dass es nie einen richtigen Zeitpunkt für eine Steuererhöhung gibt; entweder ist es Corona oder dann sind es die Energiepreiserhöhungen oder sonst was, was einem immer in die Quere kommt. Und doch sind wir der Auffassung, dass es nun der passende Moment dafür ist.

So nehme ich auch zur Kenntnis, dass man sich hier im Rat Sorgen um die Liquidität der Stadt Langenthal macht. Dazu kann ich Sie beruhigen, dass wir in diesem Bereich sicherlich keine Probleme haben. Diesbezüglich sind wir viel besser aufgestellt als alle anderen Gemeinden. Wir haben nämlich 30 Mio. Franken Liquidität auf der hohen Kante, die wir einsetzen können, sollten sich die Zinsen in eine noch ungünstigere Richtung verändern. Ich kann dazu einfach sagen, dass man im Finanzamt da sehr sorgfältig darauf achtet und man auch die Absicherungen der Finanzgeschäfte auf mehrere Jahre hinaus prüft. Das ist somit also nicht das Thema, was uns hier beschäftigen sollte. Im Zusammenhang mit dem, was insbesondere Pascal Dietrich als Zwängerei bezeichnet und er der Meinung ist, dass man mit dieser Variantenabstimmung das Votum des Volkes nicht ernstnimmt, möchte ich einfach daran erinnern, dass diese Variantenabstimmung gar nicht die Idee des Gemeinderates ist, sondern der Haltung des Stadtrates, oder besser gesagt der Fraktionsvertretungen an der Besprechung entsprach, zu der wir alle Fraktionen im Anschluss an die Abstimmung einluden und dabei der Vorschlag einer Variantenabstimmung favorisiert wurde. Dies nahmen wir als Gemeinderat auf und setzten es entsprechend um. Und es liegt nun ja auch ein klares Votum zugunsten dieser Variantenabstimmung vor, wofür ich mich natürlich herzlich bedanken möchte.



**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Merci. Nun folgt die Abstimmung über die Abstimmungsempfehlung gegenüber der Bevölkerung. Nun hat jedes Mitglied nur eine Stimme, entweder entscheidet man sich für Variante A oder dann für Variante B oder man Enthält sich der Stimme. Ist dies allen soweit klar? Gut. Wer nun die Budgetvariante A unterstützt, zeigt dies nun mit der Stimmkarte. Wer ist für die Budgetvariante B? Gibt es Enthaltungen?

- **Der Stadtrat spricht sich bei der Abstimmung über die Stichfrage, welcher Budgetvariante er den Vorzug gibt, mit 28 Stimmen Ja gegen 9 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen, im Sinne einer Abstimmungsempfehlung zuhanden der Stimmbevölkerung, für die Budgetvariante A aus.**

## E Beratung und Abstimmung Abstimmungsbotschaft

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Nun folgt die Beratung der Abstimmungsbotschaft mit anschließender Abstimmung. Ich erlaube mir hier Abschnitt für Abschnitt vorzugehen. Wird dies bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Vorab möchte ich bemerken, dass das Büro die redaktionelle Bereinigung betreffend Rechtschreibung und der Ergänzung des Abstimmungsergebnisses unter Punkt 11 dann noch vornehmen wird. Auch dazu werden wir später noch abstimmen, um die entsprechende Ermächtigung einholen zu können.

Punkt 1 bis Punkt 9

*Ohne Wortmeldung*

Punkt 10 (Wirtschaftliche Tragbarkeit der beiden Budgetvarianten)

**SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP):** Ich kündigte ja bereits an, dass wir einen einzigen Antrag zur Abstimmungsbotschaft einbringen werden, den ich hiermit stelle. Es geht dabei um Seite 13 unten und zugleich um Seite 3 im grauen Kästchen. Auf Seite 3 nicht fett und auf Seite 13 fett steht ein Satz, der besagt, ich zitiere: «Das kommende Budget für das Jahr 2024 wird deshalb eine Steueranlageerhöhung vorsehen müssen, sofern diese Budgetvariante an der Gemeindeabstimmung vom 18. Juni 2023 obsiegt». In der Sache wollen wir die Aussage so nicht kritisieren, da dies tatsächlich so eintreten kann. Der Punkt ist vielmehr derjenige, dass wir nun über das Budget 2023 abstimmen. Dabei ist es erstens unüblich, in der Abstimmung über das Budget 2023 eine Aussage über das Budget 2024 zu machen, die nicht einfach einer Prognose entspricht, sondern eine absolut unverrückbare Feststellung darstellt, respektive eine Ankündigung in dem Sinn, dass man sich jegliche Flexibilität berauben würde. Falls nun in der Volksabstimmung die Variante 1,38 mit irgendwie 98% der Stimmen obsiegen sollte, sind Sie sind dann sicher, dass Sie drei Monate später hier im Rat erneut 1,44 vorschlagen wollen? Ich wäre mir da nicht so sicher, muss man doch solche Restrisiken etwas kalkulieren können. In der ersten Abstimmung unterstützte ich wie auch die Mehrheit meiner Fraktion das Budget mit 1,44 und wir brachten damit zum Ausdruck, dass man im Verbund mit den Massnahmen zur finanzpolitischen Konsolidierung eine Kompromissbereitschaft an den Tag legt. An diesem Punkt änderte sich nichts. Aber wenn Sie nun in dieser Art und Weise diese Aussage machen, so sind Sie festgefahren und können nicht mehr zurück. Und dann können Sie eben auch nicht mehr dann zurück, wenn es wider Erwarten nötig sein sollte.



Einen zweiten Punkt, den ich zu bedenken gebe, ist, dass es einer ersten Priorität, einer zweiten Priorität und auch einer dritten Priorität entspricht, dass wir ein Budget haben, ob nun mit 1,38 oder 1,44. Es ist zu befürchten, dass mit einer solchen Ankündigung das grundsätzlich oppositionelle Lager gestärkt wird, indem es dann die Haltung vertritt, bei diesen Prognosen zugleich eben beides abzulehnen, zumal möglicherweise der Hintergrundgedanke besteht, dass der Kanton bei so viel vorhandenem Eigenkapital dann so oder so ein Budget mit 1,38 bestimmt. Das ist eine Überlegung, wozu man möglicherweise der Meinung sein kann, dass sich diese Gedanken nur wenige Leute machen. Ja, vielleicht haben Sie Recht, Kolleginnen und Kollegen, und vielleicht haben Sie aber auch nicht Recht. Die Frage ist allein, ob man dieses Risiko eingehen will?

Deshalb möchten wir beliebt machen diesen Satz zu streichen – und nicht, weil der Satz falsch ist, sondern weil er unnötig und atypisch ist, in einer Abstimmung über das eine Budget bereits über das nächste Aussagen zu machen. Die nötige Transparenz im Rahmen der nötigen Flexibilität wird dadurch dennoch an den Tag gelegt. Ich bitte Sie das Augenmerk auf das graue Kästchen auf Seite 3 zu richten, wobei ich mich hier auf die Budgetvariante von 1,38 beziehe, ich zitiere: «Mittel- und langfristig zieht diese Budgetvariante wirtschaftlich nicht tragbare Folgen für die Stadt nach sich». Wer eins und eins zusammenzählen kann, ist sich bewusst, dass eine Steueranlagerhöhung, wenn man für 1,38 votiert, weiterhin ein Thema bleibt. Darum ist diese Feststellung auch richtig, sie ist ehrlich und transparent. Aber sie ist eben auch ausreichend. Und deshalb braucht es diese Verbalisierung bei diesem rot markierten Satz danach nicht mehr. Wir möchten Ihnen beliebt machen, diesen Satz zu streichen.

Ich mache noch einen letzten Hinweis von unserer Seite. Wir sind nun interessiert daran zu hören, was die anderen Fraktionen dazu sagen. Falls es sich herausstellen sollte, dass die grundsätzliche Stossrichtung dieses Anliegens irgendwo auf eine gewisse Sympathie und Akzeptanz stösst, man dabei aber vielleicht nicht gerade die Kraft für eine ersatzlose Streichung aufbringt, so wären wir für diesen Fall dafür zu haben, dass man eine etwas abgeschwächte Variante bringt und zum Beispiel sagt: «Im kommenden Budget für das Jahr 2024 wird deshalb eine Steueranlagerhöhung wieder diskutiert werden müssen». Das kann man auch machen, aber dann wären wir einfach froh um entsprechende Signale, womit diese Variante immer noch besser ist, als wenn wir mit dem Hauptantrag scheitern würden. In dem Sinn bin ich nun gespannt auf Ihre Rückmeldungen. Besten Dank für das Zuhören.

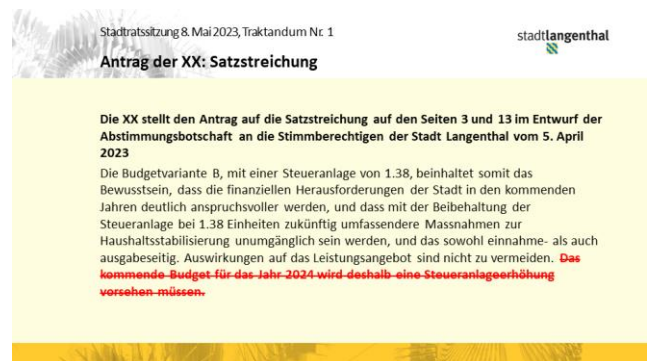
**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Merci. Somit liegt nun ein Antrag vor, den wir auch gleich beraten. Zur Information gebe ich Ihnen bekannt, dass wir neu nur noch 36 anwesende Mitglieder sind, da sich Nadine Wasem entschuldigen musste. Wem darf ich nun das Wort übergeben?

**SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP):** Wir sind zwar keine Freunde solcher Änderungen, aber ich denke, dass wir Euch in dem Fall doch auch einmal gerne entgegenkommen. Wir konnten es zwar nicht gross diskutieren, aber was ich so in meinem näheren Umfeld hörte, würden wir wahrscheinlich die zweite Variante, die vorgeschlagen wurde, mittragen.

**FDP/JL-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):** Auch unsere Fraktion ist einhellig der Meinung, dass man in diesem Punkt etwas ändern muss. Bei der Frage, was man ändert – ob man es streicht oder man den Satz umformuliert, sind wir etwas geteilter Meinung. Aber wichtig bleibt, dass wir es nicht bei der ursprünglichen Formulierung belassen.

**GLP/EVP-Fraktion, Michael Sigrist (EVP):** Für uns kommt eine Streichung nicht in Frage, aber die andere Formulierung würden wir unterstützen.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Gut. Gibt es dazu noch weitere Wortmeldungen?





**SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP):** Wenn wir nun so konsensual unterwegs sind, dann würden wir dies gerne aufnehmen. In der Fraktion hatten wir zwar eine Mehrheit für Streichung, aber wenn wir hier jetzt die Chance haben eine echt überparteiliche Lösung zu realisieren, dann machen wir das doch und modifizieren unseren Antrag. Jetzt muss ich schauen, dass wir das richtige Wording für den letzten Satz auf Seite 13 finden, wonach der Vorschlag doch wie folgt lautete: «Im kommenden Budget für das Jahr 2024 wird deshalb eine Steueranlagerhöhung wieder zu diskutieren sein». Auf Seite 3 sollte dann dasselbe stehen und der letzte Satzteil unverändert stehen bleiben: «Im kommenden Budget für das Jahr 2024 wird deshalb eine Steueranlagerhöhung wieder zu diskutieren sein, sofern diese Budgetvariante an der Gemeindeabstimmung vom 18. Juni 2023 obsiegt». Ich glaube, dass damit sämtliche potenzielle Missverständnisse beseitigt sind. Danke für die wohlwollende Aufnahme dieses Anliegens

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Somit würden wir diesen Vorschlag einmal so aufschreiben und Ihnen entsprechend zur Ansicht einblenden und vorlesen, damit alles klar ist. Nun wünschte auch Gemeinderat Roberto Di Nino nochmals das Wort.

**Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP):** Ich nehme diesen Konsens zulasten des Gemeinderates so zur Kenntnis. Ich möchte einfach sagen, dass das Wording, so wie es bislang drinstand, nicht von ungefähr kam und so auch stimmt. Diejenigen unter Ihnen, die Mitglied der Finanzkommission sind, wissen dies, dass der Budgetprozess 2024 schon längstens angestossen ist und eigentlich die Hauptarbeit mit dem sogenannten «Budgetnachmittag» bereits durchgeführt wurde. Ich verrate kein Geheimnis, dass dies, wie es hier steht, einfach stimmt. Persönlich würde ich den bisherigen Satz entsprechend stehen lassen, bekam es nun aber mit, dass eine abgeschwächte Version einem Konsens entspricht, mit dem wir dann auch leben können. Es ist allein ein bisschen die Frage, ob man der Katze «Katze» sagen soll oder vielmehr «Büsi». Ich nehme einfach zur Kenntnis, dass die Mehrheit des Stadtrats mit der «Büsi»-Variante einverstanden ist und wir dies so zur Kenntnis nehmen.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Es gibt noch weitere Wortmeldungen.

**Diego Clavadetscher (FDP):** Ich glaube, dass dies genau das Problem unserer Finanzpolitik ist. Dass die Finanzkommission und der Gemeinderat dies in guten Treuen so sehen, ist nicht zu kritisieren, entspricht es doch auch ihrer Aufgabe, ihre Meinung kundzutun. Aber hier geht es um die Botschaft des Stadtrates. Und es ist der Stadtrat, der das nächste Budget verabschiedet. Und wenn wir einfach so weiterfahren, dass nun einfach immer alles im Voraus festgelegt ist und dem Stadtrat vorgegeben wird, was er zu entscheiden hat, dann wäre es ehrlicher, dass wir die Stadtverfassung ändern und dem Stadtrat diese Kompetenz entziehen. Damit hätten wir nun nämlich zweimal 50 Stunden gespart. Das sind 100 Stunden, was zwei Arbeitswochen entspricht. Das war nun aber wahrscheinlich auch nicht das, was gemeint war, aber entspricht dem Problem, wie wir funktionieren. Wenn damit nun jedes im Stadtrat geäußertes Votum in den Medien als Misstrauensvotum gegenüber dem Gemeinderat dargestellt wird, so ist dies eben falsch und nicht die Meinung. Sondern hier wird festgelegt, was gemacht wird, gestützt auf die Ihre Vorbereitung, aber in voller Freiheit auch etwas anderes entscheiden zu dürfen. Wenn wir damit beginnen, an den Vorgaben in der Stadtverfassung herumzuschrauben, so ist dann dies, was wir hier machen, tatsächlich ein Theater.

**Georg Cap (GL):** Ich möchte nur kurz auf das reagieren, was zuletzt gesagt wurde. Seien wir doch ehrlich, ist es doch illusorisch zu behaupten, dass der Stadtrat komplett das Budget bestimmen kann. Wir haben doch weder die Zeit noch die Kompetenz dafür und sind darauf angewiesen, dass dazu Vorarbeit von einem Team mit der Finanzkommission und dem Gemeinderat geleistet wird. Dass quasi unsere Voten gegen den Gemeinderat als Misstrauensvoten von Medien oder so gewertet werden, ist ein Problem der Medien, der Aussenwahrnehmung oder vielleicht auch ein persönliches Problem. Es ist deshalb illusorisch zu behaupten, dass wir hier als Stadtrat alles selber bestimmen oder noch ändern können, unabhängig davon, was die Finanzkommission dazu sagt. Wir verfügen weder über diese Zeit, noch über das Know-How ein ganzes Budget umzubauen. Wenn die Finanzkommission und der Gemeinderat sagen, dass sie aus diesem und jenem Grund zusätzliches Geld benötigen, so ist es wohl illusorisch zu denken,



dass wir dies noch komplett ändern oder noch zufällig irgendwelche wundersame Einsparungen entdecken können, um eine Steuererhöhung zu verhindern. Von dem her ist es eigentlich so, wie es Roberto Di Nino sagte, dass wir damit nur das Volk belügen, wenn wir hier etwas reinschreiben, das wir nur abschwächen, obwohl wir bereits schon lange wissen, dass wir eine Steuererhöhung eigentlich angehen müssen.

**Cornelia Gerber-Schärer (SP):** Für mich ist es wichtig, dass die Botschaft angepasst wird. Dabei geht es nicht um die Frage, ob hier ein Misstrauen oder kein Misstrauen vorliegt, sondern wir reden ja dauernd darüber, an wen sich die Botschaft richtet. Und die Botschaft ist ja für das Volk. Und deshalb müssen wir sie im Prozess abholen, zumal wir 100 Schritte voraus sind. Wir haben deutlich mehr Informationen, was wir uns bewusst sein müssen. Ich finde eine offene Formulierung gerade auch aus diesem Grund wichtig, damit wir uns die verschiedenen Möglichkeiten offenhalten können. Es geht darum, dass wir uns unserer Rolle auch bewusst sind und ich immer wieder davon rede, dass wir in einem anderen Prozess stehen und wir uns deshalb als Brückenbauer und handanbietend positionieren sollten, indem wir dem Volk entgegengehen und ihm auch die Möglichkeit geben, unser Vorgehen zu verstehen. Und dies hat für mich nichts mit Misstrauen zu tun. Deshalb unterstütze ich die offene Formulierung, die auch für uns Spielraum ermöglicht. Danke.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Merci. Gibt es nun noch weiteren Redebedarf? Nein, dann ist es richtig, dass wir über den Wortlaut gemäss neuer Formulierung abstimmen? Gut. Wer nun diesem Änderungsantrag so wie hier aufgezeigt zustimmen kann, hält nun die Stimmkarte in die Höhe. Wer spricht sich dagegen aus? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der SVP-Fraktion zur Umformulierung des Satzes auf Seite, 3, resp, Seite 13

**34 Ja angenommen**

0 Nein

2 Enthaltungen

Stadtratssitzung 8. Mai 2023, Traktandum Nr. 1

stadtlangenthal

**Abänderungsantrag: Umformulierung**

**Antrag auf Abänderung des Satzes auf den Seiten 3 und 13 im Entwurf der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten der Stadt Langenthal vom 5. April 2023**

Die Budgetvariante B, mit einer Steueranlage von 1.38, beinhaltet somit das Bewusstsein, dass die finanziellen Herausforderungen der Stadt in den kommenden Jahren deutlich anspruchsvoller werden, und dass mit der Beibehaltung der Steueranlage bei 1.38 Einheiten zukünftig umfassendere Massnahmen zur Haushaltsstabilisierung unumgänglich sein werden, und das sowohl einnahme- als auch ausgabeseitig. Auswirkungen auf das Leistungsangebot sind nicht zu vermeiden. **Im kommenden Budget für das Jahr 2024 wird deshalb eine Steueranlageerhöhung wieder zu diskutieren sein.**

So fahren mit der Beratung der verbleibenden Punkte fort.

Punkt 11 bis Punkt 13

*Ohne Wortmeldung*

Nun kommen wir zur Abstimmung, ob Sie dem Büro die Ermächtigung zur Abfassung des redaktionellen Inhalts erteilen, wonach die erfolgten Änderungen mit dem soeben beschlossenen Antrag und dem entsprechenden Abstimmungsergebnis im Rat ergänzt werden. Wer das Büro damit ermächtigen möchte, zeigt dies mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über die Ermächtigung zur Schlussredaktion der Abstimmungsbotschaft an das Stadtratsbüro

**35 Ja angenommen** einstimmig

0 Nein

0 Enthaltungen



Wenn es nun keine Wortmeldungen mehr gibt, schliesse ich hiermit die Detailberatung ab. Wünscht noch der Gemeinderat das Wort? Nein. So kommen wir zur Schlussabstimmung über die Abstimmungsbotschaft. Wer nun dem Beschlussesentwurf gemäss. Ziff. II zustimmen kann und somit den Entwurf der Abstimmungsbotschaft in der vorliegenden Form inklusive der zuvor gemachten Änderungen den Stimmberechtigten der Stadt Langenthal für die Abstimmung vom 18. Juni 2023 so vorlegen und entsprechend genehmigen möchte, soll dies mit der Stimmkarte zeigen. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen?

## **Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung vom 18. Juni 2023 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

- 1. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten der Stadt Langenthal vom 5. April 2023 mit den heute beschlossenen Änderungen wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Ich denke, das Kind ist nun einmal geboren. Nun hoffe ich meinerseits, dass wir eine Stimmbeteiligung von 80 Prozent und mehr haben werden, die uns dann aufzeigt, wie wir in drei Monaten das neue Budget beraten sollen. Dies würde uns die Arbeit erleichtern. Also helfen Sie doch alle mit dies in die Bevölkerung hinaus zu tragen, damit ein sauberes und schönes Abstimmungsergebnis bekommen.



## 2. Überbauungsordnung Nr. 43 "Halde"; Erlass: Genehmigung

### I Eintreten:

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Wir gehen zum nächsten Punkt über. Hier geht es unter Traktandum Nr. 2 um den Erlass und die Genehmigung der Überbauungsordnung Nr. 43 «Halde». Wird das Eintreten bestritten? Nein, dem ist nicht so und wir gehen zur Beratung über.

### II Beratung:

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Die Berichterstattung durch den Gemeinderat erfolgt durch Stadtpräsident Reto Müller.

**Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Der Inhalt der ÜO<sup>1</sup> Nr. 43 «Halde» ist den meisten hier im Saal bestens bekannt, war er ja schon einmal das Thema in der stadträtlichen Debatte im Mai 2022. Damals nahm der Stadtrat Anträge an, die zu einer zweiten öffentlichen Auflage führten. Dies geschah dann in der Zeit von Oktober bis November 2022.

Dabei ging es darum, dass der Stadtrat dafür plädierte, einen zusätzlichen Art. 4a zur Energie hinsichtlich von Energievorschriften aufzunehmen. Daneben wurde ein Absatz bezüglich den Fachberaterinnen und Fachberatern gestrichen und es wurde ein Artikel zur Sicherstellung von Ladestationen von E-Autos aufgenommen, so wie dies der Stadtrat befürwortete.

Im Ergebnis der zweiten Auflage kam es zu zwei Einsprechenden. Sie wiederholten dabei ihre Einsprechpunkte, die sie bereits bei der ersten öffentlichen Auflage geltend machten. Sie legten aber keine weiteren Rügepunkte zu diesen rot markierten Inhalten aus der zweiten öffentlichen Auflage vor. Anlässlich einer Einsprachenverhandlung konnte man dann diesen Einsprechenden dazu bewegen, dass sie die neuerlichen Einsprachen zurückziehen. Zudem wurden sie informiert, dass ihre erste Einsprache aus

**Stand des Projekts**

**Bisher:**

Workshopverfahren	März bis Dezember 2016
Öff. Mitwirkung	März bis April 2018
Vorprüfung	Juli bis November 2019
Öff. Auflage	April bis Mai 2021
Rückweisung SR	Mai 2022
2. Öff. Auflage	Oktober bis November 2022

**Ausstehend:**

Erlass SR	wird vorliegend beantragt
Genehmigung AGR	

stadtlangenthal

**Inhalte 2. Öff Auflage**

**Neu Art. 4a UeV Energie**

- Aufnahme der Formulierung betreffend Energievorschriften gemäss Antrag SR

**Streichung Art. 8 Abs. 5 Fachberater**

- Gestrichen gemäss Antrag SR

**Neu Art. 18 Abs. 5**

- Aufnahme Sicherstellung von Installationen zum Laden von E-Autos gemäss Antrag SR

stadtlangenthal

**Ergebnis 2. Öff. Auflage**

- Während der Auflagefrist gingen zwei Einsprachen von benachbarten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern ein.
- Die beiden Einsprechenden wiederholten Ihre Einsprechpunkte aus der 1. öffentlichen Auflage und formulierten keine Rügepunkte zu den in rot markierten Inhalten aus der zweiten öffentlichen Auflage.
- Die Einsprechenden konnten anlässlich einer Einsprachenverhandlung und eines Schriftenwechsels dazu bewegt werden, die neuerlichen Einsprachen zurückzuziehen.

stadtlangenthal

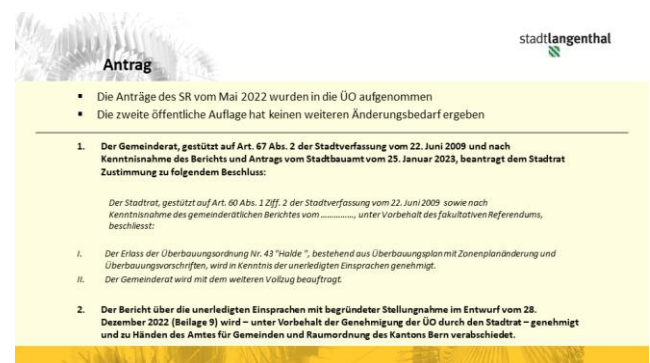
<sup>1</sup> ÜO = Überbauungsordnung.



der ersten öffentlichen Auflage nach wie vor Bestand hat. Aus Sicht des Gemeinderates und der vorberatenden Kommissionen sind diese aber öffentlich-rechtlich nicht relevant und sollten dann auch vom AGR<sup>1</sup> abgewiesen werden.

Man erarbeitete das Ergebnis dieses Projekts in dieser Überbauungsordnung «Halde» nach dem Langenthaler Workshop-Verfahren, wonach hier als kurzer Ausschnitt aus dem Richtprojekt diese beiden Gebäude möglich werden, was Sie alles auch in den Beilagen zum Erläuterungsbericht zur Überbauungsordnung vorfinden. Dabei werden Atelier und Räumlichkeiten mittels Holzbauweise in den Hang gebaut und das grosse Gebäude als Wohngebäude nahe an der Bahnlinie situiert.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die vom Stadtrat im Mai 2022 überwiesenen Anträge in die ÜO aufgenommen wurden und die zweite öffentliche Auflage zu keinem weiteren Änderungsbedarf führte. Entsprechend ergibt sich daraus dieser Beschlussesentwurf, wie er Ihnen hier nun unter Punkt 1 und Punkt 2 vorliegt. Wie bereits erwähnt, liegt dazu auch der Bericht über die unerledigten Einsprachen mit begründeter Stellungnahme im Entwurf vom 28. Dezember 2022 vor. Falls Sie die ÜO genehmigen, wird die Genehmigung der gesamten ÜO zusammen mit der Abweisung entsprechend an das AGR des Kantons Bern weitergeleitet. Merci für die Aufmerksamkeit und entscheiden Sie sich gut.



**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Merci. Da seitens der GPK keine Berichterstattung vorgesehen ist, kommen wir im Rahmen der allgemeinen Beratung bereits zu den Fraktionen. Welche Fraktion möchte sich zu dieser Vorlage äussern?

**SP/GL-Fraktion, Verena Heubi (SP):** Ich gebe Ihnen kurz und knapp bekannt, dass die SP/GL-Fraktion bereits im Mai 2022 diese ÜO annahm, dieser zustimmte und dies auch heute so machen wird. Wir begrüssen eine verdichtete Überbauung des Areal7s und die Berücksichtigung eines Energieartikels. Die lange Entwicklungsdauer war gar nicht in unserem Sinn und wir hoffen, dass bei den weiteren ÜOs das Thema Energie und Umweltbelastung von vornherein berücksichtigt werden. Danke.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Merci. Gibt es noch andere Fraktionssprecher? Nein. Gibt es Einzelsprecher? Auch dies trifft nicht zu. So schliessen wir die allgemeine Beratung ab und gehen zur Detailberatung über. Dabei schlage ich vor bei der Beratung der Überbauungsvorschriften artikelweise vorzugehen. Gut.

Art. 1 bis Art. 20

*Ohne Wortmeldung*

Gibt es nun noch sonstige Bemerkungen? Möchte sich der Stadtpräsident nochmals zu Wort melden? Nein.

<sup>1</sup> AGR = Amt für Gemeinden und Raumplanung.



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 8. Mai 2023

So kommen wir bereits zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 1 und Ziffer 2 zustimmen und somit den Erlass der Überbauungsordnung Nr. 43 «Halde», bestehend aus Überbauungsplan und Zonenplanänderung zuzüglich Überbauungsvorschriften gemäss den Beilagen 2 und 3 in Kenntnis der unerledigten Einsprachen und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, genehmigen und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, soll dies mit der Stimmkarte belegen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

### III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**
  1. **Der Erlass der Überbauungsordnung Nr. 43 "Halde", bestehend aus Überbauungsplan mit Zonenplanänderung und Überbauungsvorschriften gemäss den Beilagen 2 und 3, wird in Kenntnis der unerledigten Einsprachen genehmigt.**
  2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



## 3. Überbauungsordnung Nr. 48 "Murgenthalstrasse 12"; Erlass: Genehmigung

### I Eintreten:

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Somit kommen wir zu Traktandum Nr. 3 und der Genehmigung des Erlasses zur Überbauungsordnung Nr. 48 «Murgenthalstrasse 12». Wird dazu das Eintreten bestritten? Nein, dem ist nicht so.

### II Beratung:

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Die Berichterstattung durch den Gemeinderat übernimmt erneut Stadtpräsident Reto Müller.

**Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Wir haben hier bei der ehemaligen T-Systems AG an der Murgenthalstrasse ebenfalls ein Projekt, das wir in einem Workshop-Verfahren städtebaulich zu erarbeiten begannen. Hier sehen Sie, was bisher passierte. Im Herbst 2020 fand die öffentliche Mitwirkung statt und anschliessend folgte die Vorprüfung sowie die öffentliche Auflage.

**Stand des Projekts**

<b>Bisher:</b>	
Workshopverfahren	Sommer 2019
Öff. Mitwirkung	Herbst 2020
Vorprüfung	Sommer 2021
Öff. Auflage	20. Okt. - 21. Nov. 2022
Einspracheverhandlung	Jan. 2023
<b>Ausstehend:</b>	
Beschluss SR	wird vorliegend beantragt
Genehmigung AGR	

Auch in diesem Fall brauchte es eine Einspracheverhandlung. Die Einsprache bezog sich auf eine Unzweckmässigkeit einer Wohnnutzung und auf den Strassenlärm. Die Einsprache wird aufrechterhalten und die Legitimation ist gegeben. Es handelt sich um den Grundeigentümer des Gebietes, das hier blau eingefärbt dargestellt ist und sich somit in unmittelbarer Nachbarschaft befindet. Es ist aber so, dass Sie als Stadtrat als Genehmigungsbehörde dem AGR ebenfalls den Antrag stellen, dass diese Einsprache in allen Punkten als öffentlich-rechtlich unbegründet abzuweisen ist.

**Öffentliche Auflage & Einspracheverhandlung**

Öff. Auflage	20. Okt. - 21. Nov. 2022
Einspracheverhandlung	Januar 2023

**Rügen:**

- Unzweckmässigkeit einer Wohnnutzung
- Strassenlärm

➤ Die Einsprache wird aufrechterhalten.  
 ➤ Legitimation: Gegeben  
 ➤ Die Stadt Langenthal stellt dem AGR als Genehmigungsbehörde den Antrag, die Einsprachen in allen Punkten als öffentlich-rechtlich unbegründet abzuweisen.  
 ➤ Gemäss Art. 61 Abs. 1 BauG entscheidet das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) über Einsprachen und genehmigt die ÜO.

Was im Rahmen dieses Zonen- und Bebauungsplans sowie der verbindlichen Überbauungsvorschriften möglich ist, sehen Sie hier in der Ansicht dieses Referenzprojekts, was sie als Richtprojekt in den Unterlagen vorfinden. Es handelt sich um ein Wohngebäude, bei dem im Erdgeschoss eine Tankstelle mit einem dazugehörenden Shop vorgesehen ist.

**Ausschnitt Darstellung Richtprojekt**

Abb. 2 - Ausschnitt ab Strassenbau, Büroarchitektur Architekten AG, Juni 2022



Es ist so, dass man hier an dieser Murgenthalstrasse die städtebauliche Fortführung in der gleichen Flucht der bereits bestehenden Gebäude suchte, die im hinteren Bereich durch diesen Grünraum mit der obligatorischen Spielfläche erschlossen wird, so wie es auch das kantonale Baugesetz vorschreibt und ebenso mit entsprechenden Versorgungs- und Entsorgungsräumlichkeiten versehen ist, inklusive der Abfahrt in die Tiefgarage des Gebäudes.

Hier sehen Sie den Fassadenschnitt, wie er ebenfalls aus der Beilage zu entnehmen ist. Sie sehen, dass dieses Projekt einen Attika-Aufsatz erhalten wird, wenn Sie dies heute so genehmigen.

Im Grundriss des EG wurde im Rahmen des Workshops festgelegt, dass diese Tankstelle nicht ausserhalb des Gebäudes, sondern unterhalb integriert werden soll. Auch die Parkplätze sollen dabei geschlossen an der Westseite anschliessen und dann hier die drei Tanksäulen nebst den entsprechenden Räumlichkeiten für den Shop platziert werden.

Bei den Wohnungen – hier ist das Erdgeschoss abgebildet, sieht man, dass eine Ausrichtung gegen hinten auf die Langenthal-Seite Richtung Westen in den Grünraum hinein geplant ist. Diejenigen Wohnungen, die zur Strasse orientiert sind, haben hier im EG Zugang, respektive Blick auf eine Loggia-Situation, die natürlich auch als Lichthof dient und entsprechend begrünt werden kann, sodass dies zu einem gewissen Ausenraum-Empfinden führt.





Auch hier lässt sich als Fazit festhalten, dass die öffentliche Auflage keinen weiteren Änderungsbedarf ergab und die ÜO so bewilligungsfähig ist, wie Sie Ihnen von den vorberatenden Kommissionen und vom Gemeinderat vorlegt wird. Insofern ist auch die Einsprache dem AGR zu überweisen, damit diese dann als öffentlich-rechtlich unbegründet abgelehnt werden kann. Voilà, das wären meine Ausführungen und so bedanke ich mich auch hier für die Beratung und Ihren Entscheid.



**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Besten Dank. Eine Berichterstattung durch die GPK ist keine vorgesehen und wir kommen zur allgemeinen Beratung. Gibt es Fraktionen, die sich dazu äussern möchten?

**SP/GL-Fraktion, Fanny Zürn (GL):** Ganz ehrlich, solche Projekte wie diese ÜO hier bereiten mir jeweils immer ziemliche Magenbeschwerden. Um nicht um den heissen Brei herumzureden, sage ich Ihnen, dass die SP/GL-Fraktion dieser ÜO so nicht zustimmen wird. Nicht, weil wir etwas gegen das Projekt an sich haben, sondern weil wir überzeugt davon sind, dass wir in der Zeit des fortschreitenden Klimawandels wirklich nicht mehr neue Tankstellen bewilligen dürfen. Wir wissen es alle, dass wir so schnell als möglich von den fossilen Energien wegkommen müssen. In allen Lebensbereichen müssen wir die Emissionen drastisch und schnell senken. In der heutigen Zeit also noch eine Infrastruktur für fossile Brennstoffe zu genehmigen, finden wir deshalb völlig abstrus, fahrlässig und unverantwortlich.

Klar, es wird gesagt, dass es eine zukunftsgerichtete Tankstelle werden soll. Aber wenn wir ehrlich sind, werden es nicht die erneuerbaren Energien sein, die in den ersten zehn Jahren den Grossteil des Verkaufs ausmachen werden. Und einige mögen sich jetzt vielleicht denken, dass man jetzt nicht so tun und nicht ein solch riesiges Theater allein wegen einer kleinen Tankstelle veranstalten soll. Es wird sicherlich nicht diejenige Tankstelle sein, die die Welt rettet, was uns allen auch bewusst ist. Aber es sind lauter solche kleinen Projekte, die uns vom Ziel entfernen, anstatt die Jahrhundert-Herausforderung zu lösen. Und in der Summe haben eben genau diese kleinen, so unschuldig wirkenden Projekte einen grossen Hebel. Wir sind deshalb überzeugt, dass wir in Langenthal bereits bestens mit Tankstellen abgedeckt sind, zumal von überall her schnell eine erreicht werden kann. In dem von der ÜO geplanten Gebiet gibt es bereits hinter der Hobby-Migros eine Tankstelle, sodass wir eine zweite auf der anderen Strassenseite deshalb als völlig unnötig ansehen. Und ehrlich gesagt, finden wir es auch nicht wirklich konsequent, wenn man als Stadt Langenthal die Menschen zum Umstieg auf die umweltfreundlichen Verkehrsmittel motivieren will, nachher aber politisch solche Signale sendet. Da kann man dann noch sehr, sehr lange Klima- und Mobilitätskonzepte erstellen und dabei hoffen, dass unsere Bevölkerung diese Doppelmoral hinnimmt. Damit der Umstieg gelingt und die Menschen umweltfreundliche Alternativen bevorzugen, müssen nämlich auch wir hier im Stadtrat die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Und wir finden es ehrlich gesagt auch nicht fair, wenn wir vor einem Jahr die ÜO «Halde» wegen einem fehlenden Energieartikel ablehnten, obwohl CoOpera damals schriftlich klar zusicherte, sich für ein fossilfreies Energiesystem zu entscheiden, wir heute aber einer ÜO zustimmen, die aufgrund der Tankstelle eine massiv schlechtere Klimabilanz aufweist. Das ist beispielsweise auch gegenüber CoOpera nicht korrekt und unfair, die während eines ganzen Jahres mit dem Startschuss zuwarten musste. Um die ganze Geschichte nochmals etwas zynisch zusammenzufassen, halte ich fest, dass in Zeiten des Klimawandels fossile Infrastrukturen zu genehmigen, ist, wie wenn man bei einer Person mit Lungenkrebs Zigarettenpäckchen ins Spiel bringt. Nehmen wir deshalb unsere Verantwortung als Politikerinnen wahr und stimmen wir diesem Projekt in dieser Form so nicht zu.

Hingegen ist die SP/GL-Fraktion aber sehr offen für genau dasselbe Projekt ohne Tankstelle. Die Wohnungen



und die Aussenraumgestaltung wirken dabei durchaus sympathisch, durchdacht und lebenswert. Besten Dank für das Zuhören.

**GLP/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (GLP):** Auch bei der GLP/EVP-Fraktion wurde diese ÜO eingehend diskutiert. Wir möchten dabei sicherlich einmal positiv hervorheben, dass die Anliegen im Bereich der Energie, aber auch die Bepflanzung der Aussenbereiche den Weg in die ÜO fanden. Wir sind auch überzeugt, dass es richtig ist, verdichtet zu bauen und Wohnraum in guter Lage in der Nähe des Bahnhofs zu schaffen. Was uns dabei aber stört, ist auch wenig überraschend diese Tankstelle. Der Bau einer fossilen Tankstelle widerspricht in unseren Augen diametral den Klimazielen der Stadt und von Bund und Kanton. Wir haben nicht das Gefühl, dass eine weitere Tankstelle an diesem Ort irgendeinen Mehrwert für diese Stadt bietet. Wir sehen auch die Überlegung nicht ganz ein, warum man in einem schrumpfenden Markt ein zusätzliches Angebot erstellen soll. Im Jahr 2022 war ein Viertel der neu zugelassenen Fahrzeuge aufladbar. Das Argument mit dem schrumpfenden Markt ist somit keine Erfindung von uns. Wir sind aber auch nicht der Meinung, dass es unsere Aufgabe ist, Businesspläne von Privaten zu analysieren und vor einem betriebswirtschaftlichen Fehler zu bewahren. Wir verteilen schliesslich auch Bürgschaften an ultraoptimistische Geschäftsmodelle. Falls es nun aber hauptsächlich um den Shop geht, so sieht man aber auch bei anderen Projekten in Langenthal, dass es eigentlich auch mit Ladestationen ohne Tankstellen gehen würde. So wird hier wohl eine Chance verpasst.

Daneben stiess uns aber vor allem Artikel 2.3 des Erläuterungsberichts sauer auf. Meine Damen und Herren, auf diesem Bericht prangt das Logo der Stadt Langenthal. Anschliessend folgt in diesem Bericht eine ganze A4-Seite lang ein Werbespot für eine fossile Kraftstoffbetankung. Wir können dabei natürlich niemanden daran hindern, an irgendein Märchen von Wasserstoff und E-Fuels zu glauben, die dann nie realisiert werden, aber doch bitte nicht auf einem Bericht mit einem Logo der Stadt. Das entspricht weder dem Stand der Technik, noch ist es physikalisch möglich, dass es irgendeinmal so effizient ist wie ein Elektroauto. Wir bitten daher den Gemeinderat doch darum, in Zukunft auf solche Werbung zu verzichten. Schliesslich trafen wir aber eine Güterabwägung, sodass die positiven Aspekte hinsichtlich des Wohnraumes und Klimaartikels die negativen Aspekte der Tankstelle aufwogen. In dem Sinn dürfen sich die Bauherrschaft sowie die Zahnärzte der Region freuen; wir werden mehrheitlich zustimmen, allerdings mit so viel Zähneknirschen, dass sie demnächst viel Arbeit erhalten.

**SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP):** Ich möchte nicht lange werden, diskutieren wir ja bereits eine Zeitlang über das Thema, sodass ich mich kurz fasse. Wir fragten uns auch, ob wir so viele Tankstellen benötigen. Schliesslich geht es aber hier um eine private Investition und es liegt nicht an uns zu beurteilen, ob dies gut ist oder nicht. Fabian Fankhauser meinte dazu ja, dass wir ihn nicht vor Schaden bewahren können, was effektiv so ist und wir auch nicht wollen. Vielmehr wollen wir liberal sein und es dem freien Markt überlassen, zumal jeder eigentlich bauen kann, was immer er will, sofern er sich an das Gesetz hält. Und diese Rahmenbedingungen werden hier entsprechend berücksichtigt. Aus diesem Grund stimmen wir diesem Geschäft zu. Merci.

**FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP):** Ich komme zurück zu dem, was der Stadtpräsident zu den berücksichtigten und eingebrachten Punkten vorstellte. Diese begrüssen wir und das Risiko, das man mit der unerledigten Einsprache eingeht, können wir nachvollziehen. Es ist nicht unsere Aufgabe hier im Stadtrat Betriebs- und Businesspläne zu kommentieren. Aber uns allen hier im Saal ist klar, dass man bei diesem Konzept das Geld nicht mit der Tankstelle verdient, sondern mit dem Shop. Vielleicht sollte ja der Gesetzgeber in diesem Bereich das Reglement anpassen, anstatt hier sagen zu wollen, was sie zu bauen haben. Wahrscheinlich könnte man dort bereits heute und jetzt auch ohne ÜO eine Tankstelle hinstellen. Deshalb werden wir dem Antrag des Gemeinderates grossmehrheitlich zustimmen. Merci vielmals.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Nachdem sich alle Fraktionen äusserten, frage ich an, ob es noch Einzelsprecher gibt? Das scheint nicht der Fall zu sein. So gehen wir nun zur Detailberatung der Überbauungsvorschriften über und nehmen diese seitenweise vor, wenn dies für alle so in Ordnung ist und ich da keinen Widerspruch sehen kann.



Seite 3 – Seite 10

*Ohne Wortmeldung*

Gibt es ansonsten noch Wortmeldungen zu dieser Vorlage? Nein. So schliesse ich die Beratung und frage den Stadtpräsidenten, ob er sich nochmals zu Wort melden möchte?

**Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Ich danke für die Beratung und all die Hinweise, die gemacht wurden. Ich nahm den Erläuterungsbericht mit diesem gerügten Punkt 2.3 noch kurz zur Hand. Es ist dabei fern der Absicht des Gemeinderates, dass er politische Propaganda betreibt, aber hier merkten und wussten wir ja auch bereits anhand der Vorberatung, dass vielleicht die Legitimation, warum man an dieser Stelle eine Tankstelle vorsieht, effektiv noch beim Investor abgefragt werden muss. Deshalb lautet der erste Satz auch: «Für die Tankstellenbetreiber ist der Blick in die Zukunft weit mehr als natürliche Neugier». Was wiederum darauf hinweisen soll, dass wir dort diesen Text von ihnen so einforderten. Dies ist einfach noch eine ergänzende Erläuterung. Wir werden uns künftig wiederum bemühen, unsere Geschäfte sachlich, emotionslos und unter Beachtung der Eigentumsfreiheit, wie sie auch richtigerweise erwähnt wurde, vorzubereiten. Besten Dank.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 1 und Ziffer 2 zustimmen will und somit den Erlass der Überbauungsordnung Nr. 48 «Murgenthalstrasse 12», bestehend aus Überbauungsplan mit Zonenplanänderung und Überbauungsvorschriften, in Kenntnis der unerledigten Einsprache und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums genehmigen und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, zeigt dies jetzt mit der Stimmkarte an. Wer spricht sich dagegen aus? Wer enthält sich der Stimme?

### III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, mit 20 Stimmen Ja gegen 12 Stimmen Nein und 4 Enthaltungen:**
  1. **Der Erlass der Überbauungsordnung Nr. 48 "Murgenthalstrasse 12", bestehend aus Überbauungsplan mit Zonenplanänderung und Überbauungsvorschriften, wird in Kenntnis der unerledigten Einsprache genehmigt.**
  2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



## 4. Schulzentrum Elzmatte; Erneuerung Turnhalle Elzmatte (Bettenhölzliweg 10): Phasen Vorprojekt und Bauprojekt: Zustimmung und Kreditbewilligung

### I Eintreten:

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Es folgt Traktandum Nr. 4. Hier geht es um die Zustimmung und Kreditbewilligung hinsichtlich Vor- und Bauprojekt des Schulzentrums Elzmatte zur Erneuerung der Turnhalle Elzmatte am Bettenhölzliweg 10. Wird dazu das Eintreten bestritten? Nein, das ist nicht der Fall und wir gehen zur Beratung über.

### II Beratung:

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Die Berichterstattung des Gemeinderates übernimmt Stadtpräsident Reto Müller.

**Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Ich möchte es hier extrem kurz machen und Sie konnten die Gründe dazu ja auch den Medien entnehmen. Es wurde Schimmel entdeckt und wir mussten die Turnhalle sperren. Sie wurde dann gereinigt und sie ist jetzt wieder offen, aber es braucht eine Gesamtsanierung dieser Turnhalle, die 1971 von Architekt Ruedi Müller – mir weder bekannt noch mit mir verwandt, erbaut wurde. Es ist einfach notwendig und Sie fanden eine Auflistung im Bericht & Antrag, was alles kaputt ist. Diese Halle ist einfach komplett am Boden, sodass man von dem her dort einfach wirklich die Gesamtsanierung vorsehen muss. Für das hier vorgesehene Vor- und Bauprojekt und die Durchführung eines Einladungsverfahrens mit einem Architekturbüro benötigen wir von Ihnen – nebst der Genehmigung des Vorgehens, einen Finanzierungsbeschluss in der Höhe von Fr. 185'000.00. Auch hier danke ich Ihnen für Ihre Zustimmung.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Besten Dank für diese Berichterstattung. Die GPK sieht dazu keinen eigenen Bericht vor, sodass wir nun zu den Fraktionen kommen.

**FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP):** Wir sind froh, dass dieses Projekt mit dem Ersatz der Metallfassade im letzten Jahr nicht weiterverfolgt wurde, weil es nämlich nicht nur an der Fensterfront liegt, sondern weil man auch den Brandschutz, die Lüftung, die Erdbebenertüchtigung, den sommerlichen Wärmeschutz und die zukünftige Dachgestaltung – ist es begrünt, hat es eine PV-Anlage, hat es nichts von beiden oder eines davon, zu klären hat. Wir werden dem Antrag des Gemeinderates einstimmig folgen im Wissen, dass dieses Schulzentrum Elzmatte in einem desolaten Zustand ist und diese Sanierung erst der Anfang sein wird, denn diese Anlage benötigt in unseren Augen eine Gesamtsanierung. Merci vielmals.

**SP/GL-Fraktion, Cornelia Gerber-Schärer (SP):** Auch wir werden als Fraktion geschlossen dieser Kreditbewilligung zustimmen. Ich möchte aber den Fokus öffnen und den Bogen zu den allgemein sanierungsbedürftigen Schulanlagen spannen, die wir in ganz Langenthal haben. Entsprechend sollten wir deshalb nicht nur den Fokus auf die Elzmatte setzen, sondern alle anderen Schulgebäude im Blickfeld behalten und uns bewusst sein, was hier für Folgekosten auf uns zukommen, wenn wir noch länger die Augen verschliessen und uns nicht dem Umstand stellen, dass Dreiviertel der Anlagen sanierungsbedürftig sind. Aber nun für dieses Geschäft werden wir auch dem Gemeinderat folgen. Danke.

**SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP):** Ich halte mich auch kurz. Es ist ein bisschen wie immer hier im Rat. Wenn wir über das Budget reden, diskutieren wir zwei Stunden und müssen es fast durchwinken, weil das Geschäft immer erst dann vorgelegt wird, wenn es nicht mehr von der Hand zu weisen ist und die Sanierung unbedingt gemacht werden muss. Es ist leider immer so, dass wir den allgemeinen Gebäudeunterhalt der stadt-eigenen Liegenschaften immer etwas hinausschieben. Wenn sie dann aber derart marode sind, müssen wir ja einer Sanierung zustimmen. Und ich finde dies schon ein bisschen bedenklich. Im gleichen Atemzug müssen wir uns vielleicht dennoch einmal ernsthaft überlegen – und ich wiederhole mich dabei und dies ist meine persönliche Meinung, was wir eigentlich alles wollen, was wir denn alles unbedingt machen müssten und was wir uns leisten können. Aber wir werden diesem Kredit zustimmen. Merci.

**GLP/EVP-Fraktion, Janina Müller (EVP):** Auch uns war innerhalb der Fraktion klar, dass diese Turnhalle dringend saniert werden muss. Ich merkte dies auch bei meiner täglichen Arbeit im Steckholz, als wir dann



plötzlich ein paar Schüler mehr hatten, die unsere Turnhalle nutzten. Daneben diskutierten wir auch das selbe wie mein Vorredner, wonach es uns einfach wichtig erscheint, zu den Gebäuden zu schauen und dabei nicht am falschen Ort zu sparen, um dann vielleicht auch weniger solche Schimmelprobleme zu bekommen. Merci.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Gibt es nun auch noch Einzelsprecher?

**Pascal Dietrich (parteilos):** Das Geschäft ist sicherlich unbestritten und da bin ich genau derselben Meinung. Ich kann sicherlich auch begreifen, dass man in der Elzmatte noch mehr Bedarf für eine Sanierung hat. Dennoch möchte ich an dieser Stelle noch kurz dem Eindruck entgegenwirken, dass man in Langenthal die Schulliegenschaften verlottern lässt. Seitdem ich Mitglied des Stadtrats bin, hat der Rat und dann natürlich auch noch das Volk rund 24 Mio. Franken für Sanierungen von Schulliegenschaften, namentlich für das Kreuzfeld 1 und 4, bewilligt. Also rund 24 Mio. Franken und es ist somit einfach nicht so, dass man hier nichts ausgibt. Es ist klar, dass wir hier auch in Zukunft noch einen hohen Bedarf haben, aber man darf hier nicht den Eindruck erwecken, als dass man bei der Schule nie etwas investiert. Das ist eine falsche Behauptung, hat man doch im Gegenteil in den letzten Jahren sehr viel in die Schulhäuser investiert, was auch nötig war, weil man zuvor länger nichts machte, was ich zugebe. Aber das ist wirklich viel Geld, das man hier in die Schulhäuser investierte. Ich weiss, dass es auch in Zukunft noch nötig sein wird, aber es ist nicht so, dass die Stadt Langenthal hier alles verlottern lässt. Merci.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Merci. Sind nun noch weitere Wortmeldungen von Einzelsprechern gewünscht? Nein, so schliesse ich die Beratung. Wünscht der zuständige Gemeinderat nochmals etwas zu sagen? Auch das ist nicht der Fall. So kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussesentwurfs Ziffer 1 und Ziffer 2 zustimmen will und somit den für die Projektierung erforderlichen Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 185'000.00 zulasten der Investitionsrechnung bewilligen und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, hält nun die Stimmkarte in die Höhe. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

1. **Der für die Projektierung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 185'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 6630.5040.13 "Projektierung Erneuerung Turnhalle Elzmatte", bewilligt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



## 5. Mitteilungen des Gemeinderates

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Es folgt nun Traktandum Nr. 5 mit den Mitteilungen des Gemeinderates. Hier sind drei Informationen vorgesehen. Ich übergebe nun das Wort an Gemeinderat Matthias Wüthrich, Ressortleiter Bildung und Jugend.

**Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL):** Ich hatte für heute ein Geschäft geplant, bei dem es um den Schulbus gegangen wäre, den wir gerne permanent früher oder später für die Kinder von der 3. bis zur 6. Klasse installieren wollten; dabei im ersten Jahr vorab erst von der 3. bis zur 5. Klasse, weil wir die Kinder der 6. Klasse noch «oben» lassen können. Das warf in der Finanzkommission grosse Fragen auf, die wir nicht alle innert nützlicher Frist beantworten konnten. Deshalb entschied der Gemeinderat, dass er einen Probetrieb für ein Jahr einführt, was allein in seiner Kompetenz liegt und die Fragen der Finanzkommission aufnimmt, sorgfältig prüft und zur gegebenen Zeit, das heisst Anfang des nächsten Jahres, mit diesem Geschäft wieder in den Stadtrat kommt, damit Sie rechtzeitig Zeit haben auch noch andere Optionen einzubringen und Fragen beantwortet erhalten. Merci für die Kenntnisnahme.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Danke. Nun übergebe ich das Wort an Reto Müller.

**Stadtratspräsident Reto Müller (SP):** Ich darf Ihnen trotz später Stunde noch zwei Mitteilungen des Gemeinderates weitergeben. Das eine Thema geht um die Verkehrslösung Langenthal und hiess früher «AP3 und Buslinienkonzept». Und in dieser Verkehrslösung Langenthal geht es um das Konzept der Folgefinanzierung. Wir arbeiteten bislang auf der Stufe der BGK's<sup>1</sup> und der Vorprojekte in vier Vorlosen. Sie sehen diese hier einmal rot gekennzeichnet das Zentrum, grün die verkehrsführenden Achsen; die gelbe Markierung beschreibt den Langsamverkehr und mit blau sind die Buslinien und neu auch die Bushaltestellen eingetragen.



Wir entschieden uns im Gemeinderat, dass wir diese insgesamt 14 Projekte neu in sinnvollen Paketen zusammenfassen. Dies passierte auch aufgrund der Tatsache, dass wir auch Projekte wie beispielsweise beim «Muusloch», das im Bereich Chasseralstrasse / Klusstrasse zu Teilprojekt 1 gehörte oder auch das Projekt bei der Hardau, was zu Teilprojekt 4 beim Karbidweg gehörte, strichen und die Planung abbrechen und somit einsparen können.

stadtlangenthal

Vorschlag Weiterbearbeitung

Nr.	Ort	Stadium Massnahmen	Bisheriger Status	Neuheit, Weiterbearbeitung
1	Chasseralstrasse / Klusstrasse	Verknüpfung der Faxe- und Velofähigkeit	Erstellung Betriebs- und Gestaltungsplan	Keine Weiterbearbeitung
2	Hardeggstrasse	Neugestaltung des Strassenraums	Planung, Vorstudie abgeschlossen	Weiterbearbeitung im Rahmen TP1 Klusstrasse
3	Bühlgg	Neue Faxe- und Velofähigkeit	Erstellung Vorprojekt	Weiterbearbeitung im Rahmen TP2 Bühlgg
4	Karbidweg	Neue Faxe- und Velofähigkeit	Erstellung Betriebs- und Gestaltungsplan	Keine Weiterbearbeitung
5	Bühlgg / Hardeggstrasse & Hardeggstrasse	Neugestaltung des Verkehrs- und Temporegimes	Erstellung Betriebs- und Gestaltungsplan	Weiterbearbeitung im Rahmen TP3 Bahnhof / Eisenbahnstrasse
6	Hardeggstrasse / S. Urbanstrasse	Neugestaltung des Verkehrs- und Temporegimes in der Kernzone	Maassnahmen und Realisierbarkeit betonen	Weiterbearbeitung im Rahmen TP4 Zentrum
7	Jarolimasse / Scharlachstrasse	Neugestaltung des Verkehrs- und Temporegimes	Vertikale Gesamtentwicklung, Strassen abgeschlossen	Weiterbearbeitung im Rahmen TP5 Zentrum
8	Clus	Überprüfung des Faxe- und Velofahrplans	Erstellung Betriebs- und Gestaltungsplan	Keine Weiterbearbeitung
9	Chasseralstrasse / Karbidweg	Neugestaltung des Verkehrs- und Temporegimes	Erstellung Betriebs- und Gestaltungsplan	Weiterbearbeitung im Rahmen TP6 Lösselstrasse
10	Schönen	Neue Bushaltestellen (Bühlgg)	Betriebs- und Gestaltungsplan abgeschlossen	Weiterbearbeitung im Rahmen TP6 IV
11	Stadthausstrasse / Scharlachstrasse	Neugestaltung des Verkehrs- und Temporegimes	Erstellung Vorprojekt	Weiterbearbeitung im Rahmen TP7 Eisenbahnstrasse
12	Mittelstrasse	Neue Haltestellen (Bühlgg)	Erstellung Betriebs- und Gestaltungsplan	Weiterbearbeitung der Haltestellen im Rahmen TP 8 IV
13	St. Urbanstrasse	Neue Haltestellen (Bühlgg)	Betriebs- und Gestaltungsplan abgeschlossen	Weiterbearbeitung der Haltestellen im Rahmen TP 9 IV
14	St. Urbanstrasse	Maßnahme und Signalisation	Erstellung Vorprojekt	Keine Weiterbearbeitung

<sup>1</sup> BGK = Betriebs- und Gestaltungsplan.



Der Stadtrat gab uns zum Beschluss des Rahmenkredits mit auf den Weg, dass er die weitere Bearbeitung in mindestens fünf Teilprojekten geplant haben möchte. Der Gemeinderat entschied sich dann dafür, die weitere Bearbeitung in sieben Teilprojekten aufzuteilen, die Sie hier von 1 bis 7 aufgeführt sehen. So werden sie dann auch den politischen Instanzen zur Vorberatung, respektive auch zum Entscheid vorgelegt werden.

**Realisierungskonzept**

7 Teilprojekte für Weiterbearbeitung:

1. Hasenmattstrasse
2. Bäregg
3. Bahnhof- /Eisenbahnstrasse
4. Stadtzentrum und Dästerplatz
5. Lotzwilstrasse
6. Umsetzung BehiG
7. Eisenbahnstrasse / Dennliweg



Hier sehen Sie ausgeführt, wie die Pakete zusammengestellt wurden. Wir legen dann diese Präsentation sicherlich auch dem Protokoll bei. Sie sehen hier nebst den geplanten Massnahmen in der letzten Spalte, wie die Finanzierung in diesem Agglo-Programm 3 vorgesehen ist.

**Details Teilprojekte**

Nr.	Ort	Gegläubte Massnahmen	Finanzierung Realisierung Aggloprogramm
1	Hasenmattstrasse	Neugestaltung des Strassenraums	AP3 Massnahme MIV-O.1.5.1
2	Bäregg	Neue Fuss- und Veloverbindung	AP3 Massnahme LV-N.1.2
3	Bahnhof- / Eisenbahnstrasse	Neugestaltung des Verkehrs und Temporäres	AP 3 Massnahmen: MIV-O.1.5.2 (Eisenbahnstrasse)
4	Zentrum	Neugestaltung des Verkehrs und Temporäres im Zentrum (Bahnhofstrasse, St. Ursenstrasse, Jurastrasse und Seiwagenstrasse sowie Dästerplatz)	AP3 Massnahmen: MIV-O.1.5.1 (Teil Lurastrasse (zwischen Zieglerplatz- Bahnhof))
5	Lotzwilstrasse	Neugestaltung Knoten auf der Lotzwilstrasse	AP3 Massnahme MIV-O.1.2
6	ÖV Haltestellen und Schoren	Neue Buslinienführung Neue Haltestellen (behindertengerecht)	Eigensiedlung / Umsetzung Buslinienkonzept
7	Eisenbahnstrasse / Dennliweg	Neue Fuss- und Veloführung	AP3 Massnahmen: MIV-O.1.5.3 (Teil Eisenbahnstrasse (Stützengraben - Thurstetterstrasse)) LV-N.1.8 (Teil Fuss / Veloverbindung entlang SLS-Trasse)

In der Übersicht des Finanzierungskonzepts ist aufgelistet, was in der Folge mit diesen Paketen vorgesehen ist und was bezüglich Finanzkompetenz relevant ist. Sie sehen dabei auch, wo die Verantwortlichkeiten jeweils zu liegen kommen. Sie gaben uns einen Rahmenkredit für die Planung bis und mit Vorprojekt Phase 31. Wir werden also für jedes dieser sieben Päckchen einen Bauprojektplanungskredit im Stadtrat beantragen. Alles, was hier hellblau markiert ist, muss vom Stadtrat bewilligt werden. Nach dem Bewilligungsverfahren würden dann die Ausführungsprojekte folgen, das heisst die Genehmigung des Projekts wie auch die Genehmigung der finanziellen Mittel, was den Realisierungskredit anbelangt. Von diesen sieben Projekten werden fünf aller Voraussicht nach hier dem Stadtrat und zwei dem Volk zur Bewilligung vorgelegt. Dabei kann die Stimmbevölkerung einerseits zum Paket zum Zentrum Stellung nehmen, was aus Sicht des Gemeinderates auch Sinn macht, weil es dort bislang die meisten Diskussionen gab und wahrscheinlich in Zukunft auch weiterhin die grössten Diskussionen geben wird. Über die Gestaltung des Zentrums inklusive Dästerplatz wird also letztendlich das Volk befinden können. Andererseits wird auch der ganze öV-Teil in der Kompetenz des Volkes liegen. Der Gemeinderat nennt dieses Paket «Umsetzung BehiG<sup>1</sup>» und beinhaltet die neue Buslinienführung Schoren mit diesen neuen Bushaltestellen, die es dann auch über die Stadt verteilt für die Anpassung dieses BehiG braucht. Auch dieses Paket sprengt den Finanzkompetenzrahmen des Stadtrats und muss dem Volk zur Genehmigung vorgelegt werden. Das sind nun alles Annahmen der Grössenordnungen, wie wir sie nun vom Vorprojekt her kennen.



<sup>1</sup> BehiG = Behindertengleichstellungsgesetz.



Mit Stand heute schlossen wir bereits fast alle Vorprojekte ab. Sie wissen, dass wir nach wie vor einen ambitionierten Plan verfolgen, indem es seitens Bund und Kanton nach wie vor heisst, dass diese Pakete bis 2027 realisiert sein sollten. Es gilt hier derselbe Realisierungshorizont seitens der geldgebenden Behörden von Kanton und Bund wie dies auch beim Agglomerationsprogramm 2, das heisst beim Bahnhof, der Fall war. Wir sind zeitlich gut unterwegs, erhielten aber vom Gemeinderat für die Projektsteuerung auch den Auftrag, den Kanton um eine Fristerstreckung anzugehen, damit wir dort auch ein bisschen mehr Luft für gute Lösungen bekommen, was die ganze Umsetzung anbelangt. Sie wissen ja auch, was Baustellen in Langenthal bedeuten. Das waren die Informationen zum Stand des Agglomerationsprogramm 3 und wie wir damit unterwegs sind. Merci für die Aufmerksamkeit.

Beim nächsten Thema gibt es keine Folien. Ich darf Ihnen noch mündliche Informationen zur gemeinderätlichen Ressortbildung, zur Zuteilung sowie zur Organisation und dem Stellenprofil für den Stadtbaumeister oder die Stadtbaumeisterin zur Kenntnis bringen. Nach dem Ausscheiden der Stadtbaumeisterin aus der Stadtverwaltung und den vielseitig erhaltenen Rückmeldungen beschloss der Gemeinderat letzten Herbst, die Eckwerte für eine mögliche Anpassung der Gesamtorganisation des Stadtbauamts festzulegen. Wir bildeten eine Arbeitsgruppe, die aus Gemeinderat Michael Schär, Stadtschreiber Daniel Steiner und mir bestand, die einen Vorschlag zur Überprüfung der Organisation des Stadtbauamts ohne Experten oder Externe ausarbeitete. Die Arbeitsgruppe führte diese Arbeit zuerst alleine aus und diskutierte dabei verschiedene Organisationsformen und Organigramme. Wir formulierten gewisse Sachen auch einmal extrem, sodass wir beispielsweise auch die Idee hatten, dass man bei Bestehen von zwei Ressorts das Stadtbauamt auch in zwei verschiedene Ämter aufteilen könnte. Dazu liesse sich dann vielleicht auch einen Stadtarchitekten oder eine Stadtarchitektin und daneben eine Stadtingenieurin oder Stadtingenieur einsetzen; so ähnlich, wie es auch die Stadt Fribourg kennt.

Wir schlugen dann im Rahmen dieser Arbeitsgruppe aber vor, dass man einen Fachbereich «Umwelt & Energie» schafft, was heute noch als Fachstelle organisiert ist. Dies würde die Stärkung dieses Bereichs entsprechend unterstützen und könnte so aus dem bisherigen Bereich «Tiefbau» herausgelöst werden und zur Bildung von zwei eigenständigen Bereichen, einem Bereich «Umwelt & Energie» sowie einem Bereich «Ver- und Entsorgung» führen, zumal ja bereits seit Jahren eine Stärkung des Umweltbereichs gefordert wird und in den letzten Monaten politisch auch zunehmend an Bedeutung zulegte. Anlässlich einer gemeinsamen Sitzung mit allen Fachbereichsleiterinnen und Fachbereichsleiter sowie mit Beatrice Ringgenberg als Stadtbaumeisterin ad interim verwarfen wir dann aber diesen Vorschlag, gewannen wir doch den Eindruck, dass dies keine gute Lösung darstellt und zu vielen unglücklichen Schnittstellen, insbesondere im städtischen Werkhof, führt. Daraus zogen wir zusammen mit dem Kader des Stadtbauamts das Fazit, dass man die Gesamtorganisation des Stadtbauamts unverändert belässt, aber dem Gemeinderat eine Anpassung der Ressortbildung und -zuteilung unterbreitet. Wir sagten uns dabei, dass das Ressort «Versorgung und Entsorgung, Energie & Umweltschutz» den gesamten Tiefbau komplett übernimmt und dabei eben keine Bereiche herausgelöst werden, sondern der Tiefbau in dieses Ressort integriert wird. Und das Ressort des Stadtpräsidenten «Präsidiales, Bau- und Planungswesen, regionale Zusammenarbeit, Stadtmarketing, Tourismus» wird folglich um den Tiefbaubereich entlastet. Eine Namensänderung braucht es dafür nicht, weil der Tiefbau im Ressort bislang nirgends erwähnt war. Der Gemeinderat beschloss sodann letzten Mittwoch diesen Wechsel in der gemeinderätlichen Ressortbildung und -zuteilung per sofort. Hinsichtlich der vom Gemeinderat eingesetzten Projektorganisationen und der Spezialbaukommission «ESP Bahnhof» ergeben sich mit diesen Ressortveränderungen oder -verschiebungen aber keine Veränderungen. Der Vorsitz in diesen bereits bestehenden Gruppen bleibt wie gewählt beim Stadtpräsidenten. Dabei wird die politische Führung hinsichtlich aller Planungsgeschäfte, die im Moment in Sachen Wasserversorgung oder generellem Entwässerungsplan oder Strassenbauten am Laufen sind – sofern dies nicht wie beispielsweise im Bereich der Wasserversorgung bereits passierte, zukünftig bei Gemeinderat Michael Schär liegen. Das bedeutet, dass wir uns da am Umorganisieren sind.

Basierend auf dieser Klärung seitens des Stadtbauamts, wer nun wirklich für was verantwortlich ist, berieten wir in der Arbeitsgruppe das Profil einer neuen Stadtbaumeisterin oder eines neuen Stadtbaumeisters. Dabei verfolgten wir zwei hauptsächliche Zielrichtungen und fragten uns dabei, ob wir bei dieser Stelle einerseits



## Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 8. Mai 2023

mehr das Management oder andererseits mehr das Fachwissen zu gewichten haben. Nach Ansicht der Arbeitsgruppe und auch nach Ansicht des Kaders des Stadtbauamts sehen wir für diesen Posten weiterhin und auch in Zukunft jemanden mit Fachgewichtung vor. Wir sind aber auch der Meinung, dass man das Profil dringend auf Managementaspekte hin ergänzen sollte. Das heisst, es sollte dann dennoch eine Person sein, die beides abdeckt, aber primär fachlich ausgewiesen ist. Der Gemeinderat beschloss das Stellenprofil für eine neue Leitung des Stadtbaumeisteramts ebenso letzten Mittwoch, was nun in ein Inserat überführt und anschliessend zeitnah publiziert wird. Dazu entschied der Gemeinderat, dass dieses Bewerbungsverfahren ohne Beizug von Dritten durchgeführt wird und man nicht auf eine spezialisierte Firma zugeht und somit von einem Headhunting Abstand nimmt. Dabei ist man sich heute schon einig, dass nach der ordentlichen Ausschreibung ein Assessment vorgesehen ist. Wir werden also zuerst einmal beobachten, wie diese Stelle bei uns im Markt ankommt. Man setzte eine neue Arbeitsgruppe, bestehend aus den Ressortvorstehenden Michael Schär, Reto Müller und dem Stadtschreiber Daniel Steiner sowie Deborah Del Cont als Personalleiterin ein, die dieses Ausschreibungsverfahren betreuen und dem Gemeinderat einen Zweiervorschlag unterbreiten wird. Wir hoffen mit diesem Verfahren, diesem Inserat und der Klärung auf dem Stadtbauamt die Zukunft so vorbereiten können, damit wir Ihnen schon bald für alle Fälle, die auf das Stadtbauamt zutreffen, optimale Lösungen ad personam, aber auch in den Fachgeschäften, präsentieren können. Merci für die langwierige Aufmerksamkeit.

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Danke für diese Ausführungen. Ist alles klar? Die Informationen werden auch auf der Website publiziert, sodass Sie dann alles auch dort nachlesen können.



## 6. Bekanntmachung der eingereichten parlamentarischen Vorstösse

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Unseres Wissens wurden keine neuen Vorstösse eingereicht. Dem ist so, aber es hat wohl genügend sonstige Arbeit, die zu erledigen ist.



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 8. Mai 2023

---

## In eigener Sache

**Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Bevor wir nun zum Schluss kommen, möchte ich mich noch bei Cornelia Gerber für das kurzfristige Einspringen als Vizestadtratspräsidentin bedanken. Ich hoffe, dass Dir das Schnuppern gefiel und wir werden dann den Schnupper-Fragebogen, den es jeweils in der Schule auszufüllen gibt, nachträglich noch zusammen ausfüllen. Merci vielmals.

Daneben gibt es noch eine weitere Info meinerseits. Sie erhielten mal anlässlich der ersten Stadtratssitzung in diesem Jahr solch ein braunes Döschen. Da wäre es nun langsam Zeit, dass man dies aktivieren sollte, damit dann etwas daraus wachsen kann, denn in einem halben Jahr wächst dann nicht mehr viel. Somit wäre jetzt der günstige Zeitpunkt dafür. Das andere, was wir gemeinsam pflanzten, können Sie beim Eingang und vor dem Chrämi begutachten und sehen, dass es richtiggehend ins Kraut schoss, vor allem dank dem schönen, herrlichen Mai-Regen, den wir in den letzten Tagen hatten und zumindest bei den Pflanzen seine Wirkung entfaltete.

Somit möchte ich auch noch die nächste Stadtratssitzung ankündigen, die wie geplant am 26. Juni 2023 hier in der Alten Mühle stattfindet. Die Traktanden werden Ihnen dann noch wie gewohnt zugestellt. Ich wünsche nun allen einen ganz schönen Abend, kommen Sie gut nach Hause und ich schliesse damit die Sitzung.